Nr. 57. – 32. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2,50 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

5 Pfennig

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 60 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Freitag, den 26. Februar 1915.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Einnahme einer starken russischen Position in Nordpolen.

Der Seekrieg.

Englische Sperrung des Kanals.

London, 25. Februar. (W. T. B.) Die Admiralität hat gestern folgendes bekanntgegeben:

Die Befahrung der See zwischen einer nordwestlichen Linie von 55 Grad 22½ Minuten nördlicher Breite und 6 Grad 17 Minuten westlicher Länge bis zu 55 Grad 31 Minuten nördlicher Breite und 6 Grad 2 Minuten westlicher Länge, einer südöstlichen Linie von 55 Grad 10½ Minuten nördlicher Breite und 5 Grad 24½ Minuten westlicher Länge bis zu 55 Grad 2 Minuten nördlicher Breite und 5 Grad 40½ Minuten westlicher Länge sowie einer südwestlichen Linie von A nach D und einer nordöstlichen Linie von B nach C ist für Schiffe aller Größen und jeder Nationalität ab 23. Februar vollständig verboten. Der ganze Verkehr, der durch den nördlichen Irischen Kanal zu gehen wünscht, muß sich zwischen Sonnenaufgang und Sonnenuntergang südlich der Rathlininsel abwickeln. Nachts darf sich kein Schiff innerhalb vier Meilen von der Rathlininsel befinden.

Dazu schreiben die „Times": Der Zweck dieser Ankündigung ist, den größeren Teil des nördlichen Kanals zu schließen und den Verkehr auf den Tag zu beschränken, um die Untersuchung der Schiffe, die vom Westen in die Irische See einlaufen, zu erleichtern und es gleichzeitig feindlichen Schiffen zu erschweren, in dieser Gegend zu operieren. Dadurch wird wahrscheinlich der größere Teil des Verkehrs auf die Route um Südirland abgeleitet werden. Man kann annehmen, daß in dem verbotenen Gebiet sich Minen und andere Gefahren befinden, die die Passage der Schiffe zu gefährlich machen.

Der U-Bootkrieg.

London, 25. Februar. (W. T. B.) Die „Times" melden aus Rye: Am 23. d. Mts. nachmittags 3½ Uhr wurde hier eine starke Explosion gehört. Später wurde gemeldet, daß ein unbekannter Dampfer von ungefähr 2000 Tonnen in Seenot sei. Rettungsboote und Fischerfahrzeuge eilten zur Hilfe. Nach anderen Meldungen fuhren auch die Rettungsboote von Eastbourne und Newhaven aus. Es soll sich um einen Kohlendampfer gehandelt haben, der Feuer gefangen hatte.

Zwei englische Dampfer torpediert.

London, 25. Februar. (W. T. B.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Der Dampfer „Rio Parana", der nach Portoferraio unterwegs war, und der Dampfer „Harpolion", der nach Newport News fuhr, wurden in der Höhe von Beachy Head torpediert und versenkt. Die Bemannungen sind gerettet, mit Ausnahme von drei Chinesen, die durch die Explosion umkamen.

Torpedo oder Mine?

Kristiania, 25. Februar. (W. T. B.) Wie das Auswärtige Amt mitteilt, hat der Kapitän des Dampfers „Regin" dem norwegischen Konsul in London berichtet, daß die Explosion eintrat, als die Mannschaft im Begriff war, nach einer Mine zu sehen, welche sie glaubte, passiert zu haben. Die Mannschaft hatte nichts von einem Torpedoboot gesehen. Das Schiff bewegte sich langsam, als die Katastrophe eintrat.

*

London, 25. Februar. (W. T. B.) Meldung des Reuterschen Bureaus: Die Bemannung des Dampfers „Western Coast" aus Liverpool ist in Portsmouth gelandet worden und berichtet, daß der Dampfer durch eine Mine oder einen Torpedo auf der Höhe von Beachy Head zum Sinken gebracht worden sei. Verlust an Menschenleben ist nicht zu beklagen.

England dementiert die Vernichtung des Truppentransportdampfers.

London, 25. Februar. (T. U.) Agence Havas meldet: Die englischen Vertreter im Auslande dementieren die Stockholmer Meldung, wonach ein englischer Truppentransportdampfer im Kanal versenkt worden sei.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 25. Februar. (W. T. B.) **Amtlicher Bericht von drei Uhr nachmittags. Es hat sich nichts Wichtiges seit dem Bericht von gestern abend ereignet außer einigen glücklichen Aktionen unserer Truppen bei Auberive sur Suippe und neuen Fortschritten nördlich Perthes.**

Paris, 25. Februar. (W. T. B.) Amtlicher Bericht von Mittwoch 11 Uhr abends: Zwischen Lys und Aisne herrschten zuweilen ziemlich lebhafte Artilleriekämpfe, die alle für uns günstig waren. In der Champagne nördlich von Lemesnil erzielten wir neue Fortschritte und warfen mehrere Gegenangriffe zurück. Unsere Artillerie brachte auf den Maashöhen mehrere deutsche Batterien zum Schweigen. Ergänzende Berichte präzisieren die besondere Bedeutung unseres Erfolges in Eparges und die Höhe der feindlichen Verluste. Auf einem sehr kleinen Teile der Front, den wir eroberten, fanden wir bereits über sechshundert deutsche Tote. Nach Aussage von Gefangenen haben zwei durch unsere Artillerie aus ihren Stellungen vertriebene Regimenter über dreitausend Mann, das sind über die Hälfte des Bestandes, verloren. Im Brulé-walde bei Apremont sind wir vorgerückt.

Die Meldung des Großen Hauptquartiers

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 25. Februar 1915. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

In der **Champagne** setzte der Gegner gestern seine verzweifelten Angriffe fort; sie blieben, wie die vorhergehenden, trotz der eingesetzten starken Kräfte ohne den geringsten Erfolg.

Sonst nichts Wesentliches.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Die Gefechte am **Njemen, Bobr und Narew** dauern an.

Die festungsartig ausgebaute Stadt **Prasznysz** wurde gestern von ostpreußischen Reservetruppen nach hartnäckigen Kämpfen im **Sturm genommen. Ueber 10 000 Gefangene, über 20 Geschütze,** ein großes Lager von Maschinengewehren und sehr viel Gerät fielen in unsere Hand.

In anderen Gefechten nördlich der Weichsel sind in **den letzten Tagen 5000 Gefangene gemacht.**

In Polen **südlich der Weichsel** besetzten die **Russen** nach einem mit fünffacher Ueberlegenheit ausgeführten Angriff das Vorwerk **Mogily** (südöstlich Bolimow).

Sonst nichts Wesentliches.

Bemerkenswert ist, daß der bei Augustow gefangen genommene Kommandeur der russischen 57. Reserve-Division deutsche Offiziere fragte, ob es wahr sei, daß das von den Deutschen belagerte Antwerpen bald fallen würde. Als ihm darauf die Lage im Westen erklärt wurde, wollte er nicht daran glauben, daß das deutsche Westheer auf französischem Boden steht.

Oberste Heeresleitung.

* * *

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 25. Februar. (W. T. B.) **Amtlich wird verlautbart: 25. Februar 1915, mittags:**

In Russisch-Polen keine Veränderung.

An der westgalizischen Front brachte der Vorstoß einer Gefechtsgruppe, die den Russen östlich Grybow mehrere Stützpunkte entriß, fünfhundertsechzig Gefangene und sechs Maschinengewehre ein.

In den Karpathen ist wieder starker Schneefall eingetreten, der die Kampftätigkeit beeinflußt. Die allgemeine Situation hat sich nicht geändert.

Der Angriff unserer Truppen in den Gefechten südlich des Dnjestr schreitet mit Erfolg vorwärts. In den Kämpfen am 21. und 22. Februar wurden zehn Offiziere und dreitausenddreihundertachtunddreißig Mann gefangen.

In der Bukowina herrscht Ruhe.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes
von Hoefer, Feldmarschalleutnant.

Erneuter Luftschiff-Angriff auf Calais.

Kopenhagen, 25. Februar. (W. T. B.) „Berlingske Tidende" meldet aus Paris: Calais ist von einem deutschen Luftschiff neuerdings angegriffen worden. Die Bomben verwundeten einige Personen, doch ist der angerichtete Materialschaden gleich Null. Die bei dem ersten Luftangriff zerstörte Eisenbahnlinie ist wieder hergestellt, und der Bahnverkehr vollzieht sich wieder ungestört.

„Die Angst vor sozialistischen Erfolgen."

Genosse Ed. Bernstein schreibt uns:

„Die Auseinandersetzung des „Vorwärts" mit dem Genossen Lensch über dessen sozialistische Entdeckungen erinnert mich lebhaft an eine Unterhaltung, die vor jetzt etwa vierzig Jahren stattfand. Personen: der Polizei-Inspektor des Gefängnisses am Plötzensee bei Berlin und der verstorbene Johann Most. Zeuge: meine Wenigkeit.

In den Jahren 1875 und 1876 büßte Most bekanntlich in der Strafanstalt am Plötzensee eine Strafe von anderthalb Jahren Gefängnis ab, die ihm die damalige 7. Deputation des Berliner Stadtgerichts auferlegt hatte. So oft als es die Regeln der Gefängnisverwaltung erlaubten, nämlich jede vierte Woche, pilgerte ich den damals noch sehr öden Weg hinaus, Most zu besuchen. Bei einem dieser Besuche nun, der uns im Zimmer des Polizei-Inspektors des Gefängnisses zusammenführte, kam das Gespräch auch auf den Sozialismus. Der Inspektor, beiläufig vielleicht derjenige Beamte der Gefängnisverwaltung, der am wenigsten den Polizisten durchblicken ließ, nahm das Wort:

„Eigentlich", bemerkte er, „haben Sie doch hier, was Sie wollen. Hier ist alles im großen eingerichtet, die Arbeit geregelt, die Wirtschaft aufs zweckmäßigste bestellt, die Kost gesund, alles sauber und keine übermäßige Anspannung der Arbeitskräfte, das ist doch ein großes Stück Sozialismus."

„Meinen Sie?", antwortete Most. „Dann lassen Sie mal erst die schwedischen Gardinen entfernen und die Mauern niederreißen, dann wollen wir weiter darüber reden. Die Einrichtungen hier sind Großwirtschaft und zeigen manche Vorteile dieser vor der Kleinwirtschaft. Aber mit dem Sozialismus haben sie nichts zu tun."

Der Polizei-Inspektor lachte. „Nun ja, daß noch ein gewisser Unterschied besteht zwischen dem, was Ihnen als Ideal vorschwebt, und dem, was Sie hier vorfinden, kann ich mir schon denken. Aber es ist doch ein kleines Muster — —"

„Das dazu da ist, die kapitalistische Wirtschaft zu schützen", gab Most trocken zurück.

Damit traf er den Nagel auf den Kopf. Nicht darauf kommt es an, ob eine Einrichtung anders beschaffen ist, als die Wirtschaftsordnung, der sie aufgepfropft ist, sondern wie sie sich organisch zu dieser und ihrer Entwicklung verhält. Die Klöster haben auch in ihrer Organisation manches, was sozialistisch aussieht. Aber wem wird es darum noch beikommen, in ihnen einen Sieg des sozialistischen Prinzips zu erblicken? Das hieße ja auf den utopischen Sozialismus zurückfallen, wie er vor drei Menschenaltern kultiviert wurde.

Ebenso mit den Ausnahmemaßnahmen zur zweckmäßigen Verwendung der Vorräte während des Krieges. Der Krieg hat zu allen Zeiten Durchbrechungen der gegebenen Wirtschafts- und Eigentumsordnung geschaffen, nie aber deren Weiterentwicklung. Daß im Krieg die Privatökonomie der Staatsökonomie weichen muß, ist eine ganz banale Erfahrung, über die grundsätzlich alle Welt einig ist. Schon in den ersten Tagen des August 1914, ehe es noch feststand, ob auch England in den Krieg eintreten würde, wurde dort schon im Hinblick auf die Rückwirkungen des Krieges der Festlandmächte, ernsthaft die Rationierung der Nahrungsmittel in Betracht gezogen. So schreibt das liberale „Daily Chronicle" in seiner Nummer vom 3. August:

„Die zwei Seiten des Problems der Nahrungsmittelfürsorge sind: die Sicherstellung unserer Uebersee-Zufuhren und die Vorsorge für eine möglichst gleiche Verteilung im Publikum.

Sollte die Notwendigkeit es erfordern, so wird die Regierung wahrscheinlich die Kontrolle der Lebensmittelvorräte in die Hand nehmen, um deren gleiche Verteilung sicherzustellen."

Es ist nur ein Beispiel davon, wie wenig man in dem Lande, in dem der Genosse Lensch das Erzland des Kapitalismus erblickt, vor radikalen Eingriffen in die kapitalistische Oekonomie zurückgeschreckt ist. Im Krieg oder während des Krieges nehmen eben die Menschen vieles als Gebot der Stunde hin, was sie zu normalen Zeiten abweisen und bekämpfen. So wenig man aus der seelischen Anspannung, deren der Mensch im Felde fähig ist, Schlüsse auf sein Verhalten im gewöhnlichen Leben ziehen kann, so wenig können im Kriege getroffene Maßnahmen, mögen sie noch so radikaler Natur sein, als Errungenschaften für die organische Weiterentwickelung der Gesellschaft betrachtet werden, wie der Sozialismus sie erstrebt. Sonst wäre in der Tat Plötzensee ebenfalls Sozialismus.

Zum Bombardement des Bahnhofes von Calais.

Von der Schweizer Grenze, 25. Februar. (T. U.) In den Berichten der französischen Zeitungen über die Beschießung des Bahnhofes von Calais durch einen Zeppelin wird betont, daß das Luftschiff mit großer Sicherheit auf sein Ziel lossteuerte. Es muß, so heißt es in den Berichten, von einer ortskundigen Person gelenkt worden sein. Ein Mitarbeiter des „Figaro", der sich im Bahnhof von Calais befand, stellte fest, daß durch die Explosion der ersten Bombe die Schienen und Schwellen in einer Länge von 15 Metern weggeschleudert wurden, und daß ein Loch fünf Meter im Umfang und drei Meter tief im Eisenbahndamm ausgehoben wurde.

Flieger als Sicherheitspatrouillen über Paris.

Paris, 25. Februar. (W. T. B.) Meldung der Agence Havas. Vergangene Nacht überflogen acht französische Flugzeuge Paris zu verschiedenen Stunden in einer durchschnittlichen Höhe von 1200 Metern. Nachtflüge zur Verteidigung der Stadt finden jetzt regelmäßig statt.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Die Kämpfe bei Wirballen.

Berlin, 25. Februar. Aus dem Großen Hauptquartier wird uns über die Kämpfe bei Wirballen am 10. Februar 1915 geschrieben: Unter den größten Anstrengungen, welche die tiefverschneiten Wege verursachten, waren die Truppen des Generals von Lauenstein am 2. Februar an den Feind herangekommen und warfen diesen in leichten Kämpfen aus dem Schutzeller Forst hinaus. Wie aus erbeuteten russischen Befehlen hervorgeht, glaubte der Gegner sich vor dem deutschen Ansturme in eine bereits wohl vorbereitete Stellung Pillkallen—Stallupönen zurückziehen und dort behaupten zu können, aber der starke Flankendruck, den die deutsche Offensive ausübte, zwang den Feind zum Aufgeben dieses Planes und veranlaßte ihn, sich nach einer dritten gleichfalls vorbereiteten Stellung südlich Wirballen zurückzuziehen. Es waren anderthalb russische Divisionen, die sich am Nachmittag des 10. Februar dort einfanden und in Eydtkuhnen, Kibartij und Wirballen zur Ruhe übergingen. Obwohl man vom Anmarsch der deutschen Kräfte wußte, hielt man es für ausgeschlossen, daß die Deutschen bei dem herrschenden Schneesturm an diesem Tage noch herankommen könnten. Man wiegte sich derart in Sicherheit, daß man sogar auf das Ausstellen irgendwelcher Sicherungsposten gänzlich verzichtete. Nur so konnte es kommen, daß die Angreifer, die sich durch die Naturgewalten nicht aufhalten ließen, noch am 10. Februar an die russische Unterkunft herankamen, allerdings nur mit Infanterie und einigen Geschützen; denn alles übrige war in den Schneewehen stecken geblieben. Es war abend, als Eydtkuhnen, und es war Mitternacht, als Wirballen überfallartig angegriffen und erstürmt wurde. Auf der Chaussee standen zwei russische Batterien mit 12 Geschützen und einer großen Anzahl von Munitionswagen anscheinend rastend. An sie kam die deutsche Infanterie ohne einen Schuß zu tun bis auf 50 Meter heran. Die sämtlichen Pferde wurden niedergeschossen und dann die Geschütze und Munitionswagen genommen. Der Rest der Bedienung flüchtete. Sowohl in Eydtkuhnen wie in Wirballen kam es dann zu nächtlichen Straßenkämpfen, die mit der Gefangennahme von 10 000 Russen endeten. Die Zahl der Gefangenen war so groß, daß man kaum wußte, was man mit ihnen anfangen sollte. Nach der Einnahme der beiden Orte fielen auch die dortigen Bahnhöfe in deutsche Hände, mit ihnen eine schier unermeßliche Beute. Es standen hier drei Lazarett- und ebensoviel Verpflegungszüge. Einer dieser Züge war der Lazarettzug der Zarin, der von dem Fürsten Lieven und zahlreichem Personal begleitet wurde. In ihm fand der Stab des Generals v. Lauenstein ganz unerwartet ausgezeichnetes Nachtquartier. Die übrigen Züge waren mit einer großen Menge Hafer, ausgezeichneten Konserven, sehr viel Schokolade, ferner mit Stiefeln und Pelzwesten in großer Zahl beladen. Jeder berittene deutsche Soldat war imstande, eine Pelzweste an sich zu nehmen; augenblicklich noch wichtiger war aber für die seit zwei Tagen auf eiserne Portion angewiesene deutsche Truppe die Erbeutung von 110 russischen Feldküchen, die fast durchweg mit warmem Essen gefüllt waren. Man kann sich den Jubel unserer siegreichen Truppen vorstellen, als diese Beute in ihre Hand gefallen war. Es war augenblicklich der schönste Lohn für die junge Truppe, die an diesem Tage teilweise zum erstenmal ins Gefecht gekommen war und sich glänzend geschlagen hatte.

(W. T. B.)

Der Krieg und die Kolonien.

Gefecht bei Garub.

London, 25. Februar. (W. T. B.) Das Reuterische Bureau meldet aus Garub vom 22. d. Mts.: Die Truppen des Brigadegenerals Mackenzie sind unter dem Befehl des Obersten Deves heute früh in Garub eingerückt. Eine vorgeschobene Abteilung hatte nachts die umliegenden Höhen besetzt. Sie fand, daß der Feind die Stellungen geräumt hatte. Die Hauptmacht fand keinen Widerstand. Frühmorgens zog Kapitän Demeillon mit einer Anzahl von Aufklärern aus, um das Gelände zu erkunden. Sie sahen gegen 9 Uhr einen deutschen Zug aus Aus kommen, der von fünfzig Reitern gedeckt war, vermutlich um die Eisenbahn mit Dynamit zu zerstören. Die Soldaten Demeillons gaben Feuer auf 1800 Yards und töteten fünf Mann. Die Truppe Demeillons rückte gegen den Feind vor, der sich zurückzog. Bei diesen Operationen wurde die Abteilung Demeillons plötzlich aus 70 Yards Abstand beschossen, wobei Demeillon und ein Soldat verwundet wurden. Demeillon nahm eine neue Stellung ein, von der aus er das Feuer erwidern konnte. Bei einer zweiten Salve wurde Demeillon wieder getroffen. Darauf zogen sich die Aufklärer zurück. Sie ließen die beiden Verwundeten in den Händen des Feindes, der sich etwa fünf Meilen westlich von Aus befand.

Deutscher Fliegerangriff in Südwestafrika.

London, 25. Februar. (W. T. B.) Das Reutersche Bureau meldet aus Garub (Deutsch-Südwestafrika). Gestern abend warf ein Flugzeug vier Bomben auf britische Truppen herab, durch die ein Offizier und fünf Mann verwundet wurden. Das Flugzeug wurde beschossen, entkam aber.

Der türkische Krieg.

Der Angriff auf die Dardanellen.

Amsterdam, 25. Februar. (Privattelegramm des „Vorwärts".) Nach einer viertägigen Pause in der britischen Pressen brachte am Montag die „Times" einen Leitartikel, in dem sie schreiben: Der Dardanellenangriff würde, wenn er erfolgreich wäre, den Zustand auf dem Balkan sofort verändern. Konstantinopel würde kapitulieren müssen oder verwüstet und der Schwarzmeerhandel eröffnet werden. Den zaudernden Neutralen müsse ein Entschluß aufgezwungen werden. Aber unbestreitbar sind die Dardanellen schwer einnehmbar, da die mit Minen verteidigte enge Straße durch von Liman Sanders und seine deutschen Offiziere vortrefflich hergerichtete Forts beherrscht wird. Trotzdem zweifelt der Verfasser des Artikels nicht daran, daß die Flotte, vielleicht von Landungskorps gestützt, eine Forcierung durchsetzt.

Der Marineredakteur weist auch auf die wirtschaftliche Bedeutung der Forcierung hin, die dem Getreide- und Oelexport aus Rußland und dem Import dahin ein breites Tor eröffnen würde. Der Hafen von Archangelsk wurde mittels eines kanadischen Eisbrechers außerordentlich lange freigehalten, aber er war ungenügend. Es blieb hernach nur noch Wladiwostok übrig.

Kämpfe bei Artwin.

Konstantinopel, 25. Februar. (W. T. B.) Die Agence Milli erhielt von ihrem auf dem Kriegsschauplatze im Schwarzen Meere eingetroffenen Berichterstatter folgendes Telegramm: Die Kämpfe, die in der Umgebung von Bortschko nördlich Artwin seit einigen Tagen ausgefochten wurden, endigten mit einem vollen Erfolge der türkischen Truppen. Dieselben besetzten nach einem von Tschetekepruc aus unternommenen Angriffe wichtige Punkte. Die Russen erlitten schwere Verluste und ergriffen die Flucht. Russische Offiziere mußten zur Anwendung von Gewalt schreiten, um die Flüchtigen zurückzuhalten, was beweist, wie tief die Moral der russischen Truppen gesunken ist. — Der Wali von Brussa meldet, daß in der dortigen französischen Ordensschule, die jetzt in eine türkische Schule umgewandelt ist, in einer unterirdischen Höhlung eine Anzahl Waffen, eine Dynamitbombe, 19 Pakete Dynamit und Zünder aufgefunden worden sind.

Die Meuterei in Singapore.

Amsterdam, 24. Februar. (Privattelegramm des „Vorwärts".) Die Haager Gesandtschaft teilt mit, daß die Meuterei in Singapore durch Avancements und Eifersucht veranlaßt worden sei. Ein Teil des fünften leichten Infanterie-Regiments verweigerte den Gehorsam. Die Lokaltruppen-Abteilungen des Shikregiments 36 und die gelandeten alliierten Flottensoldaten bewältigten den Aufstand. Die Aufständischen töteten 33 Personen, auch einige Meuterer wurden getötet. Eine große Zahl gab sich oder wurde gefangen genommen.

Der holländische Generalkonsul meldet, daß die holländische Kolonie wohlbehalten sei.

Japan und Amerika.

Amsterdam, 24. Februar. (Privattelegramm des „Vorwärts".) Die „Times" melden aus Washington eine steigende Erregung des Publikums über Japan. Auch die Regierung wurde alarmiert. Sie ersuchte in kompetenten Kreisen um Aufklärung über die von China offiziell berichtete Protektoratsforderung. Jedenfalls besteht die Notwendigkeit, die Dinge klarzustellen, da England als Unterstützer der Japanpolitik gilt.

Die chinesisch-japanischen Verhandlungen.

London, 25. Februar. (W. T. B.) In Uebereinstimmung mit den Instruktionen aus Tokio nahmen, wie die „Times" aus Peking erfahren, der japanische Gesandte und der erste Sekretär am Montag die Verhandlungen mit dem chinesischen Minister des Aeußern und dem Vizeminister über die japanischen Forderungen wieder auf. Da es nicht möglich war, die Chinesen zur Annahme sämtlicher 21 Forderungen zu bewegen, begannen die Japaner mit der Besprechung der Schantungfrage. Die Chinesen machten den Japanern Gegenvorschläge und verlangten Abänderungen, die Japaner bestanden jedoch auf der Annahme der ursprünglichen Forderungen. Die Konferenz blieb erfolglos und wurde vertagt.

Die Absperrung Deutschlands.

London, 25. Februar. (W. T. B.) In der Sitzung des Unterhauses vom 23. Februar erklärte Sir Edward Grey auf Anfrage, es werde von Zeit zu Zeit berichtet, daß für Italien und die Schweiz bestimmte Güter in deutsche Eisenbahnwagen verladen würden. Die italienischen und schweizerischen Behörden versicherten, daß eine gewisse Anzahl deutscher Wagen normalerweise auf italienischen und schweizerischen Bahnen verkehre als Aequivalent für eine gleiche Zahl italienischer und schweizerischer Wagen auf deutschen Bahnen. Die Benutzung deutscher Wagen sei also kein Beweis dafür, daß die Güter nach Deutschland bestimmt seien.

Stewart (Unionist) fragte den Premierminister Asquith, ob es angesichts der Bedrohung durch Tauchboote in der Irischen See nicht ratsam wäre, den Bau eines unterseeischen Kanals von England nach Irland in Angriff zu nehmen, um zukünftigen Blockadeversuchen vorzubeugen. Asquith antwortete, der Vorschlag sei unter den gegenwärtigen Umständen kaum durchführbar.

Englisch-französische Repressalien?

Paris, 25. Februar. (W. T. B.) Als Antwort auf die von Deutschland ergriffenen Maßnahmen beabsichtigen die Verbündeten nach einer Meldung des „Journal" zu erklären, daß alles deutsche Eigentum beschlagnahmt werden kann, unter welcher Flagge es auch immer sei, und daß jede für Deutschland bestimmte Ladung gute Prise ist. Die schärfsten Untersuchungsmaßnahmen sollen angeordnet werden.

Nachträgliches zur Londoner Konferenz.

Amsterdam, 24. Februar. (Privattelegramm des „Vorwärts".) „Daily Telegraph" meldet aus Paris aus angeblich wohlinformierter Quelle: Sembat und Guesde hätten für die Londoner Konferenz eine schriftliche Deklaration ausgearbeitet, welche von den Belgiern unterstützt wurde. Sie tadelte die angeblichen belgischen Greuel und die Verletzung der Neutralität. Als diese Erklärung verlesen wurde, erhoben die Engländer heftigen Protest und erklärten, daß diese Greuel unbewiesen seien, worauf Vaillant die Engländer heftig angriff. Die Konferenz drohte mit einem Tumult abzubrechen, als die französische Delegation mit schwacher Mehrheit der Streichung zweier bestrittener Punkte zustimmte. Ein französischer Deputierter versicherte, daß fortan eine kühle Stimmung herrschte.

Natürlich handelt es sich bei diesen Meldungen um Indiskretionen, deren Richtigkeit sich der Nachprüfung entzieht.

* * *

Der „Berner Tagwacht" wird ferner aus London berichtet:

Nach der Eröffnung der Konferenz durch den Genossen Keir Hardie und nach der Erledigung der Formalitäten nahm der Vertreter des Zentralkomitees der russischen sozialdemokratischen Partei, Genosse Maximowitsch, das Wort. Er protestierte gegen die chaotische Vorbereitung der Konferenz und dagegen, daß die offiziellen Vertreter der russischen sozialdemokratischen Partei nicht eingeladen worden sind. (Der Redner selbst war nicht eingeladen, sondern nur zugelassen.)

Genosse Maximowitsch sagte weiter: Die Stellung der russischen sozialdemokratischen Partei sei bereits in ihrem Manifeste geschildert worden. Jetzt, auf der Konferenz, handelt es sich, bevor man zu den ernsten Fragen des Friedens usw. übergeht, darum, festzustellen, ob überhaupt eine allgemeine sozialistische, revolutionäre Stellungnahme die Teilnehmer an der Konferenz vereinigt. „So handelt sich darum, festzustellen," fährt Genosse Maximowitsch fort, „ob wir als Chauvinisten, als Pazifisten oder als Sozialdemokraten zusammengetreten sind." Der Redner verliest die Hauptpunkte der Erklärung des Zentralkomitees der russischen sozialdemokratischen Partei.

Genosse Maximowitsch konnte die Erklärung nicht zu Ende lesen, da der Präsident ihn bat, zuerst den Bericht der Mandatprüfungskommission abzuwarten. Inzwischen geben Vaillant, Vandervelde, Macdonald und Rubanowitsch Erklärungen ab, die ihrer allgemeinen Stellungnahme entsprechen.

Als Maximowitsch nochmals das Wort ergreifen wollte, um seine Rede zu Ende zu führen, wurde er abermals unterbrochen. Er ersuchte sodann, eine Erklärung abgeben zu dürfen, warum er an der Konferenz nicht teilnehmen werde. Als ihm diese Möglichkeit nicht gewährt wurde, verließ er den Saal mit der Feststellung, daß die russische sozialdemokratische Partei an der Konferenz keinen Anteil nimmt. Die Begründung dafür, sagt Genosse Maximowitsch, gebe ich hier in einer schriftlichen Erklärung. Trotz der Bemühungen Bruce Glaciers, Maximowitsch dazu zu bewegen, der Konferenz beizuwohnen, verläßt dieser unter Aufregung der Anwesenden den Saal. Somit hat die russische sozialdemokratische Partei sich an der Londoner Konferenz nicht beteiligt und hat gegen dieselbe energisch protestiert.

*

Ferner erlassen Martoff, Mitglied des Organisationskomitees der sozialdemokratischen Partei Rußlands, und Lapinsky, Mitglied der polnischen sozialistischen Partei, in der „Berner Tagwacht" eine Erklärung, in der es heißt:

Mehrere russische und polnische Delegierte hatten nicht die Möglichkeit, die rigorosen Formalitäten zu erfüllen, die in den letzten Tagen Fremden beim Betreten englischen Gebietes von den englischen Behörden vorgeschrieben wurden.

Die Unterzeichneten befinden sich unter denen, die aus dem erwähnten Grunde verhindert wurden, rechtzeitig in London einzutreffen, um an den Verhandlungen der Konferenz teilzunehmen.

Wir sehen uns daher veranlaßt, auf diesem Wege zu erklären, daß wir auf jeden Fall gegen die von der Konferenz angenommene Resolution gestimmt haben würden, weil die Resolution in ihrem wichtigsten Teile den Beschlüssen der internationalen Sozialistenkongresse ebenso diametral entgegensteht, wie der Anschauung der Mehrheit der russischen und polnischen Sozialdemokraten, die sich mit der Haltung der sozialdemokratischen Dumafraktion einverstanden erklärten.

Auch die lettische Sozialdemokratie hat sich in einer Erklärung, die sie der Londoner Konferenz zugehen ließ, vollkommen auf den Standpunkt des Zentralkomitees der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands gestellt.

Das Votum der italienischen Fraktion gegen den Krieg.

Aus Rom wird uns geschrieben: Nach zweitägiger Diskussion, der auch der Sekretär des Parteivorstandes, Genosse Lazzari, beiwohnte, hat die sozialistische Parlamentsfraktion eine Tagesordnung Mediglani angenommen, in der konstatiert wird: 1. daß die Zusammenkunft der Sozialisten der Ententestaaten in London über die Ursachen und Zwecke des heutigen Krieges dieselben Ansichten ausgesprochen hat, wie sie die italienische Partei vertritt, indem sie das Wesen der kapitalistischen Gesellschaft, Imperialismus und Expansionspolitik für ihn verantwortlich macht; 2. daß in dieser Zusammenkunft, trotz der Anwesenheit französischer und belgischer Delegierten Kritiken gegen die verschiedenen Regierungen laut geworden . . . . . ; daß 3. die Beschlüsse der Zusammenkunft sich mit denen der Sozialisten der neutralen Länder decken, indem sie sich gegen jeden Gebietszuwachs aussprechen. Die Resolution . . . . . fährt fort:

„Die Fraktion erachtet es für ihre Pflicht, sich mit aller Energie den interventionistischen Strömungen zu widersetzen und sich zu wirksamer Aktion zugunsten der Beendigung des Krieges bereit zu halten, und pflichtet der Resolution des Parteivorstandes für die Neutralität bei, die am besten den Interessen des Proletariats und den der proletarischen Internationale entsprechen. In der Ueberzeugung, daß es heute im Interesse der Verteidigung der Neutralität liegt, die tiefernste Lage der arbeitenden Klassen Italiens, die hauptsächlich durch die unzulänglichen Regierungsmaßnahmen gegen die Kornkrise und die Arbeitslosigkeit bedingt ist, in klares Licht zu setzen, beschließt die Parlamentsfraktion diese Unzulänglichkeit der Regierungsaktion einer unermüdlichen Kritik zu unterziehen, und dabei hervorzuheben, daß sie Hand in Hand geht mit einer inneren Politik, die immer mehr von den wirtschaftlich und politisch reaktionären Schichten abhängt".

Eine Tagesordnung Musatti, die vorschlug, jedes Ministerium zu unterstützen, das ernste Gewähr für die Aufrechterhaltung der Neutralität böte (eventuell auch das heutige Kabinett), wurde abgelehnt.

Schweden und die Weltkrise.

Stockholm, 25. Februar. (W. T. B.) In der gestrigen Sitzung der Zweiten Kammer bat Lindhagen um die Erlaubnis, den Minister des Aeußern darüber zu interpellieren, ob der Reichstag nähere Mitteilungen über die Königszusammenkunft in Malmö erwarten könne und ob die schwedische Regierung allein oder zusammen mit den übrigen skandinavischen Regierungen Schritte zu unternehmen beabsichtige, um bei Schluß der Weltkrise im Interesse Schwedens wie aller anderen Völker für eine vernünftige Rechtsordnung innerhalb der menschlichen Gesellschaft einzutreten.

Gegen die Autonomie Polens.

Moskau, 25. Februar. (W. T. B.) Nach der „Birshewija Wjedomosti" hat in Moskau eine Versammlung von Führern der gemäßigten rechten Parteien stattgefunden, auf der namentlich über die polnische Frage beraten worden ist. Das Ergebnis der Beratungen war, daß man es zwar für möglich hielt, eine örtliche Selbstverwaltung in Polen einzuführen, daß man sich aber energisch gegen eine Autonomie Polens ausgesprochen hat.

Der Austausch der deutsch-französischen Verwundeten.

Bern, 25. Februar. (W. T. B.) Nachdem die Einwilligung Frankreichs zum Austausch schwer verwundeter Kriegsgefangener im Bundeshause eingetroffen ist, sind Oberst Bohny und der Chefarzt des Schweizerischen Roten Kreuzes sofort nach Konstanz abgereist, um mit den deutschen Behörden die Einzelheiten des Abtransportes der Verwundeten zu besprechen sowie an Ort und Stelle die weiteren Vorbereitungen zu dem Transport zu treffen.

Kriegsbekanntmachungen.

Meldepflicht der Landsturmpflichtigen.

Amtlich. **Berlin**, 25. Februar. (W. T. B.) **In einem Erlaß der zuständigen Minister werden die unausgebildeten Landsturmpflichtigen der vom Aufruf betroffenen Jahresklassen in Preußen darauf aufmerksam gemacht, daß sie sich bei der Ortsbehörde ihres Aufenthaltsortes zur Landsturmrolle anzumelden und beim Verziehen in einen anderen Bezirk ebenso bei den Ortsbehörden an- und abzumelden haben wie die Militärpflichtigen. Die ausgehobenen ungebildeten Landsturmpflichtigen unterliegen der Kontrolle durch die Bezirkskommandos.**

Politische Uebersicht.

Anerkennung der Arbeiterorganisationen.

Es ist ein Zeichen der Zeit, daß der Wert der Arbeiterorganisationen jetzt sogar von der Tribüne des preußischen Abgeordnetenhauses herab nicht mehr bestritten werden kann. In demselben Parlament, von dem in letzter Zeit alle Angriffe auf das Koalitionsrecht der Arbeiter ihren Ausgang nahmen, hörte man am Donnerstag bei Beratung des Etats der Handels- und Gewerbeverwaltung einen Redner nach dem anderen die Arbeiter loben. Es mag dem ersten Redner, dem konservativen Landrat v. Hassel ja schwer gefallen zu sein, anzuerkennen, daß, wenn die Industrie es verstanden hat, sich in die veränderten Verhältnisse hineinzufinden, dies nicht zum mindesten den deutschen Arbeitern zu danken ist, aber er hat damit indirekt zugestanden, wie unbegründet die Haltung seiner Freunde in dieser Frage ist. Wir wissen uns frei von jeder Ueberschätzung dieser Worte, ebenso wenig wie wir dem Lob der Gewerkschaften aus dem Munde des Handelsministers eine übertriebene Bedeutung beilegen. Aber eins können wir mit Fug und Recht verlangen, nämlich, daß man dem deutschen Arbeiter nicht nur so lange Gerechtigkeit zu teil werden läßt, wie man seiner bedarf, sondern daß man sich auch nach dem Kriege seiner erinnert und daraus die richtigen Konsequenzen zieht.

Das war der Grundgedanke, der sich durch die Ausführungen des Genosse Hue, des Redners der sozialdemokratischen Fraktion, zog, der nicht wie die bürgerlichen Redner bei Einzelheiten verweilte, sondern in großen Zügen ein Gesamtbild unseres Wirtschaftslebens entrollte und besonders nachdrücklich die Forderungen der Arbeiter vertrat. Namentlich verlangte er ebenso wie vor ihm Abg. Giesbers vom Zentrum den Ausbau der Arbeitsnachweise, und weiter die Beseitigung des parasitären Zwischenhandels, der dem Volk die Lebensmittel verteuert, die Anerkennung der Organisationen und die Aufhebung aller Bestimmungen, die die Freizügigkeit des Arbeiters beim Wechsel der Arbeitsstätte einzuschränken geeignet sind.

In gleicher Weise vertrat Genosse Hue beim Bergetat die Interessen der Arbeiter. Die Verhandlungen dieses Etats selbst können wir an dieser Stelle übergehen, da gerade über die wichtigsten Fragen entsprechend einem Beschluß der Budgetkommission in der Oeffentlichkeit nicht geredet werden durfte.

Die nächste Sitzung findet erst am Dienstag statt. In der Zwischenzeit soll die Kommission alle größeren Etats vorberaten.

Unser Königsberger Parteiblatt erneut verboten.

Die „Königsberger Volkszeitung" ist wiederum verboten worden, und zwar diesmal auf drei Wochen. Das Verbot erfolgte mit folgender Begründung:

An die
Redaktion der „Königsberger Volkszeitung"
hier

Sie haben in der Nr. 36 vom 22. 2. 1915 entgegen den Ihnen bekannten Bestimmungen des stellvertretenden Generalkommandos 1. A.-K. vom 9. 10. 1914 Ib Nr. 33114 Ziffer 15 an die Nachricht über das Gesamtergebnis der Schlacht in Masuren parteipolitische Ausführungen geknüpft, welche geeignet sind, die Einigkeit des deutschen Volkes zu stören.

Das Erscheinen der „Königsberger Volkszeitung" wird infolgedessen hierdurch vom 24. d. M. bis zum 16. März d. J. einschließlich verboten.

Dieses Verbot erfolgt auf Grund des § 9b des Gesetzes vom 4. Juni 1851.

Es bleibt Ihnen überlassen, diese Verfügung in Ihrer Zeitung zu veröffentlichen, es dürfen jedoch daran keine Erörterungen geknüpft werden.

Königsberg i. Pr., den 23. Februar 1915.

Der Gouverneur
v. Pappritz
Generalleutnant.

Versammlungsverbot.

Das Stuttgarter Generalkommando verbot laut „Berliner Tageblatt" eine Versammlung radikaler Sozialdemokraten Württembergs, die im Sinne Liebknechts zu Parteifragen Stellung nehmen wollten.

Innere Kolonisation und „Siedlungsland".

In der „Post" schreibt der Abgeordnete v. Zedlitz über innere Kolonisation. Zum Schluß des Artikels heißt es:

„Abgesehen von dem, was an innerer Kolonisation schon während des Krieges im Zusammenhange mit der Urbarmachung von Moor- und Oedländereien durch Kriegsgefangene zu unternehmen ist, wird die innere Kolonisation in großem Stile allerdings erst nach Friedensschluß in Angriff zu nehmen sein. Auch schon deshalb, weil alsdann neues Siedlungsland uns vor neue große Aufgaben stellen dürfte."

Woher weiß der Abgeordnete v. Zedlitz, daß uns nach dem Friedensschluß „neues Siedlungsland" zur Verfügung stehen dürfte?

Gleiche Freiheit für die Presse.

Der nationalliberale „Deutsche Kurier" glaubt Grund zur Beschwerde zu haben, daß nicht alle Zeitungen gleichmäßig das Verbot der Erörterung von Friedensbedingungen innehalten. Er schreibt unter anderm:

„Entweder enthalten sich alle Zeitungen der Erörterung der deutschen Kriegsziele, bis der Zeitpunkt dazu gekommen ist, oder die Regierung verzichtet, wenn sie das nicht zu erreichen vermag, jetzt schon auf die Befolgung ihres Wunsches. Der jetzige Zustand ist jedenfalls unhaltbar, daß ein Teil der Presse sich durch nichts gebunden erachtet, während der übrige sich dem im Interesse des Burgfriedens ausgesprochenen Wunsche fügt. Die Regierung möge sich also entscheiden und Ernst machen. So geht es nicht länger weiter!"

Merkwürdigerweise macht das Blatt dabei denen einen Vorwurf, die nicht im Sinne gewisser, von der „Nordd. Allg. Zeitung" als „romantische Eroberungspläne" bezeichneten Wünsche agitieren. Der „Kurier" scheint also z. B. die „Post" und die „Deutsche Tageszeitung" nicht zu lesen, wo fortgesetzt für „neues Siedlungsland" Propaganda gemacht wird. Im übrigen schließen wir uns natürlich nur der Forderung an: Freigabe der Erörterungen über das Kriegsziel!

Festlegung der Uebernahmepreise für Schweine im Enteignungsfalle.

Amtlich. **Berlin**, 25. Februar. (W. T. B.) Die Preise für Schlachtschweine haben infolge des ausgedehnten Bedarfes der Heeresverwaltung, der behördlich angeregten starken Nachfrage der Bevölkerung und der umfangreichen freihändigen Ankäufe der Gemeindeverwaltungen seit Dezember 1914 stark angezogen. Nachdem den Städten und Landgemeinden mit mehr als 5000 Einwohnern die Pflicht auferlegt ist, sich zur Umwandlung in Dauerware Schlachtschweine zu beschaffen, sind sie weiter sprunghaft in die Höhe gegangen und haben jetzt einen derartigen Stand erreicht, daß die Ziele der Bundesratsverordnung vom 25. Januar 1915 ernstlich gefährdet erscheinen.

Es ist daher notwendig, die Preise auf einen Stand zurückzuführen, der zwar den Schweinehaltern einen mit Rücksicht auf die Preissteigerung der Futtermittel angemessenen Gewinn gewährleistet, doch aber den finanziellen Schwierigkeiten der Gemeinden Rechnung trägt und einer übermäßigen Verteuerung der Fleischnahrung für die Bevölkerung vorbeugt. Den zur Erreichung dieses Erfolges von verschiedenen Seiten angeregten Vorschlag der Einführung allgemeiner Höchstpreise macht sich die Bundesratsverordnung nicht zu eigen. Es kann abgewartet werden, ob die Weiterentwickelung der Marktverhältnisse zu einer so einschneidenden Maßnahme drängen wird.

Der Bundesrat hat aber ein Bedürfnis zu einer Preisfestlegung für den Enteignungsfall als Mittel zur Ausübung eines Druckes zur Verminderung des Schweinebestandes insoweit anerkannt, als von der Enteignung Schweine bis zu 100 Kilogramm Lebendgewicht betroffen werden sollen, da gerade Schweine der unteren Gewichtsklassen zum Zwecke höherer Gewinnerzielung vom freihändigen Verkaufe zurückgehalten werden, während zur Sicherung der Brotgetreide- und Kartoffelvorräte ihre Abschlachtung besonders dringlich ist.

Als Richtpreise im Uebernahmeverfahren sind daher Beträge festgesetzt, die nach Preisgebieten und Gewichtsklassen abgestuft sind, und bei deren Ermittelung die Preise an den beiden letzten Hauptmarkttagen im Januar 1915 des Marktes des Städtischen Viehhofes in Berlin als Anhalt genommen sind. Die Marktpreise für Schweine höherer Gewichtsklassen dürften sich dann ohne behördliche Maßnahmen von selbst in entsprechender Weise regulieren.

Weitere Verteuerung des Brotes in Aussicht.

In der bürgerlichen Presse lesen wir:

„Am 14. Dezember v. J. hatte der Bundesrat auf Grund des Gesetzes über die Höchstpreise auch für die Erzeugnisse der Kartoffeltrocknerei und der Kartoffelstärkefabrikation, und zwar Flocken, Schnitzel, Walzmehl, trockene Kartoffelstärke und Stärkemehl, für die vier Preisgebiete Höchstpreise festgesetzt. Mit Rücksicht auf die Einführung dieser Erzeugnisse in die Brotbereitung wurde eine Organisation des Absatzes notwendig, um die Trockenkartoffeln allgemein zugänglich zu machen. Der alleinige Vertrieb wurde daher der „Trockenkartoffel-Verwertungs-Gesellschaft" übertragen. Die Gesellschaft ist in ihrer Betätigung wesentlich beschränkt worden durch die zu geringe Höhe der festgesetzten Höchstpreise. Ihre Heraufsetzung hat sich infolgedessen als notwendig herausgestellt, und eine Bundesratsbekanntmachung, die eine Erhöhung der Preise vornimmt, dürfte daher demnächst erscheinen."

Da derartige Kartoffelprodukte teilweise für Brotbereitung verwendet werden müssen, wird eine weitere Verteuerung des Brotes die Folge der angekündigten Verordnung sein. Es muß deshalb entschieden gegen solche Absichten Protest erhoben werden.

Die Erhöhung der Preise ist, wie die nachstehende Notiz zeigt, inzwischen erfolgt.

Erhöhung der Höchstpreise für Futterkartoffeln und Kartoffelprodukte.

Amtlich. **Berlin**, 25. Februar. Der Bundesrat hat in seiner heutigen Sitzung die Höchstpreise für Futterkartoffeln sowie für Erzeugnisse der Kartoffeltrocknerei und der Kartoffelstärkefabrikation wesentlich erhöht und gleichzeitig für den Absatz dieser Erzeugnisse durch die Trockenkartoffelverwertungsgesellschaft erweiterte Vorschriften erlassen. Infolge des Futtermittelmangels, der durch die Beschlagnahme des Hafers jüngst besonders scharf geworden ist, und infolge der starken Steigerung der Futtermittelpreise, ist die Kartoffel zurzeit gegenüber den übrigen Futtermitteln unverhältnismäßig billig. Daher sehen rechnende Landwirte davon ab, ihre Kartoffeln zur Kartoffeltrocknerei oder Stärkefabrikation zu verwenden, sondern verfüttern sie an ihr Vieh. Um dem entgegenzuwirken, hat der Bundesrat die Höchstpreise für Futterkartoffeln und Erzeugnisse der Kartoffeltrocknerei sowie der Kartoffelstärkefabrikation bei den Produzenten erhöht, auf 35 M. für den Doppelzentner Kartoffelstärke, wodurch die Betriebe eine Wirtschaftsmöglichkeit erhalten, auch wenn sie Fabrikkartoffeln zu einem Preise von etwa 8 M. erwerben müßten. Der Kartoffeltrocknungs-Gesellschaft m. b. H. ist jetzt der Alleinvertrieb sämtlicher Kartoffelstärke und Kartoffelstärkemehls übertragen worden. Sie erklärt damit auch die Pflicht, die Stärke verarbeitenden Industrien, wie die Textilindustrie, in dem entsprechenden Umfang unter Mitwirkung einer sachverständigen Kommission und des Reichskommissars zu versorgen. Endlich hat diese Gesellschaft die Befugnis erhalten, Kartoffeln für die ihr angeschlossenen Trocknereien usw. zu enteignen. (W. T. B.)

Die alten Klagen.

Ueber die Festsetzung von Höchstpreisen für Schlachtschweine hatten die Mitglieder des Hauptvorstandes des Vereins Deutscher Wurstfabrikanten und der Vorsitzende des Deutschen Fleischerverbandes im Reichsamt des Innern eine längere Unterredung mit dem Geheimen Regierungsrat Dr. Jung als Vertreter des Reichskanzlers. Geheimrat Dr. Jung teilte, wie die „Allgemeine Fleischer-Zeitung" berichtet, mit, daß die Festsetzung von Höchstpreisen allerdings vom Bundesrat in Erwägung gezogen und Ermittelungen angestellt worden seien, daß dabei aber ebenso wie eifrige Befürwortungen auch die allerlebhaftesten Bedenken vorgebracht worden seien. Aus der Aussprache ergab sich, daß an maßgebender Stelle die Festsetzung von Höchstpreisen für Schweine in der nächsten Zeit nicht beabsichtigt sei, und die Maßnahme unterbleiben werde, wenn nicht eine durchaus ungesunde Preisentwickelung es zur Notwendigkeit werden läßt.

Die Regierung will also mit anderen Worte so lange warten, bis die Vieh- und Fleischpreise unerträglich hoch getrieben worden sind, um sie dann in dieser für die breiten Massen kaum erschwinglichen Höhe durch Verordnung festzulegen! Schon seit langem ist die Preisentwickelung „ungesund". Welchen Grad soll der Fleischwucher eigentlich erreichen, bis die Regierung Anlaß zum Einschreiten findet? Nach einem kurzen Fallen der Schweinepreise stiegen sie am vergangenen Sonnabend auf dem Berliner Viehmarkt wieder um eine Mark auf 108 M. Am Mittwoch-Markt erfuhr der Preis eine Steigerung auf 110 M. Außerdem wurden 600 Schweine über Notiz bezahlt.

Am Schlusse der erwähnten Aussprache wurde die Notwendigkeit starker Verminderung unseres Schweinebestandes durch alsbaldige Abschlachtung von Geheimrat Dr. Jung besonders noch betont, mit Hinweis darauf, daß Schweine bis zum Gewicht von etwa 120 bis 130 Pfund Vielfresser seien, die einen viel zu großen Teil derjenigen Stoffe verzehren, deren wir für die Ernährung bedürfen. Dabei aber lehrten die vorgenommenen Zählungen, daß wir in den 5 Monaten des Krieges bei stark vermehrter Schweineschlachtung ebensoviel Zuwachs an Schweinen in Deutschland hatten, als der Verbrauch (reichlich 5 Millionen Stück) in den 5 Kriegsmonaten betrug. Die Wirkung der jetzigen Massenschlachtungen von Schweinen soll durch Zählungen innerhalb kurz bemessener Abstände kontrolliert werden.

Die Mißstände in der Kartoffelversorgung.

Die „Soziale Praxis" schreibt: „Während die Brotfrage gut geregelt ist, wächst sich die Kartoffelfrage zu einer Stadtplage, und zwar nicht nur für die unbemittelte Bevölkerung, aus. Die Kartoffelversorgung des städtischen Marktes ist vielfach sehr schlecht geordnet. Die Verkaufseinrichtungen der Städte für Kartoffeln aus eigener Erzeugung oder Lagerung arbeiten noch wenig wirksam; in den Händlergeschäften sind Kartoffeln auch nach der neuen Höchstpreisfestsetzung für den Großhandel und für den Kleinhandel (z. B. in Berlin) schwer und zum Teil nur zu Wucherpreisen zu haben. Denn wenn ein Händler Kartoffeln nur dann abgibt, falls der Käufer daneben etwas anderes kauft, daß der Händler sich mit 10 bis 15 Prozent Aufschlag bezahlen läßt, so ist das Kartoffelwucher. Bisher haben die verteuerten Höchstpreise noch keineswegs mehr Kartoffeln dem menschlichen Verbrauch zugeführt als vorher. Ohne Beschlagnahme und bezirksweise Enteignung, nach dem Bedarf der Gemeindeverbände kommen wir in der Kartoffelfrage nicht vorwärts, und diese Frage darf nicht so zaghaft wie die Brotgetreidefrage behandelt werden, sonst nehmen die Marktansammlungen der Hausfrauen beim Kartoffeleinkauf leicht einen unerwünschten Charakter an."

Amnestie in Württemberg.

Stuttgart, 25. Februar. (W. T. B.) Zum heutigen Geburtstag gab der König zugunsten der Kriegsteilnehmer einen Gnadenerlaß heraus, der die Niederschlagung gerichtlicher Untersuchungen bei Uebertretungen und Vergehen verfügt, die vor der Einberufung zur Fahne begangen wurden.

Die deutsche Verwaltung in Ostpreußen.

Nach der Vertreibung der Russen kehren die deutschen Behörden der Grenzbezirke Ostpreußens wieder an die Stätten ihrer früheren Wirksamkeit zurück. Insbesondere sind die Beamten der Städte und der Gemeinden sofort zurückberufen worden. Der Betrieb auf den Bahnstrecken Arys—Nikolaiken—Sensburg und Johannisburg—Arys—Lötzen wurde wieder aufgenommen. Die Rückkehr der Flüchtlinge ist nunmehr auch in den Kreisen Sensburg, Insterburg und Heidekrug freigegeben.

Letzte Nachrichten.

Die Stellungnahme der „Independent Labour Party" zum Krieg.

Amsterdam, 25. Februar. (Privattelegramm des „Vorwärts".) Der Ostern in Norwich stattfindenden Jahreskonferenz der englischen Unabhängigen Arbeiterpartei liegen 88 Resolutionen vor, die sich zumeist auf den Krieg beziehen. Zahlreiche billigen die Haltung des Parteivorstandes. Gloucester gratuliert Keir Hardie und Macdonald zu ihrer glänzenden Wahrung der Parteiprinzipien. Bradford fordert eine Kontrolle der britischen Auslandspolitik und lehnt Verpflichtungen gegen andere Nationen ohne Zustimmung des Parlaments ab. Auch fordert es die allgemeine Abrüstung und erklärt sich gegen Gebietsabtretung ohne vorherige Befragung der betreffenden Völker. Yeovil fordert den Parteivorstand auf, eine Kampagne zur Beendigung des Krieges in Erwägung zu ziehen.

Der Austausch von verwundeten Kriegsgefangenen.

Amtlich. **Berlin**, 25. Februar. (W. T. B.) Die französische Regierung hat sich mit dem Austausch der dienstuntauglichen Kriegsgefangenen einverstanden erklärt. Der Austausch wird voraussichtlich vom 3. März ab über die Schweiz erfolgen.

Französische Niederlage in Marokko.

Madrid, 25. Februar. (T. U.) Nach Meldungen aus Tanger sollen französische Streitkräfte unter dem Kommando des Obersten Martin am Inauenfluß durch die Aufständigen eine schwere Schlappe erlitten haben. Die aus ungefähr 600 Mann bestehende französische Kolonne wurde von überlegenen marokkanischen Streitkräften des nachts überrumpelt, so daß sie bereits kurze Zeit, nachdem Alarm geblasen worden war, sich im französischen Lager befanden. Nach kurzem Nahkampf mußten die Franzosen unter schweren Verlusten ihre Stellungen räumen. Sie verloren zahlreiche Tote und Gefangene. Die Verwundeten nahmen sie mit sich.

Niedergeschlagenes Verfahren.

Petersburg, 25. Februar. (W. T. B.) „Birshewija Wjedomosti" meldet: Das Verfahren betreffend Sammlung für die deutsche Flotte ist eingestellt worden ohne jegliche Folgen für die Beteiligten; ausgenommen sind die deutschen Untertanen, von denen laut bereits getroffener Verfügung die bei ihrer Freilassung eingezogenen Kautionsbeträge einbehalten werden. Dies ist eine Erwiderung auf die Maßnahme Deutschlands, das sich weigerte, bei Freilassung der Russen die ihnen konfiszierten Kostbarkeiten und Geldsummen zurückzuerstatten. Allen übrigen Angeklagten werden die Kautionen voll und ohne Verzug ausgezahlt werden.

Anmerkung des W. T. B.: Hierzu ist zu bemerken, daß in Deutschland keinerlei Konfiskationen von Kostbarkeiten und Geldsummen bei gefangenen Russen vorgenommen worden sind. Die russische Regierung sucht offenbar einen Vorwand, um die recht beträchtlichen Kautionen der gefangenen Deutschen nicht zurückzugeben.

A. WERTHEIM G. M. B. H.

Leipziger Straße | Königstraße | Rosenthaler Straße | Moritzplatz

Soweit Vorrat! **Billige Lebensmittel** *Soweit Vorrat!*

Obst · Gemüse

Feldsalat	Pfund	28 Pf.
Sellerie	Knolle	5 u. 7 Pf.
Schwarzwurzeln	2 Pfund	35 Pf.
Meerrettich	Stange	5 u. 10 Pf.
Rettiche	Stück	5 u. 8 Pf.
Mandarinen	Pfund	35 Pf.
Apfelsinen	Dtz.	45 55 Pf.
Datteln	Karton	65 Pf.
Kalif. Aepfel	Pfund	40 50 Pf.
Traubenrosinen	Pfund	95 Pf.

Butter · Käse

Tisch- und Tafelbutter Pfund		1.46 1.52
½-Pfund-Pakete		73 76 Pf.
Limburger Käse	Pfund	68 Pf.
Holländer Käse (Stücken) *(nur Leipziger Straße)*	Pfd.	60 Pf.
Camembert	Stück	32 Pf.

Geflügel

Brathühner	Stück	1.55 bis 3.60
Suppenhühner	St.	2.30 bis 3.60
Fasanen	Stück	2.40 u. 3.50
Birkwild	Stück	1.75 2.25
Schneehühner	Stück	1.25

Extra billiges Fleisch

Schmorfleisch m. Knochen	Pfund	80 Pf.
Filet unausgeschält	Pfund	90 Pf.
Roastbeef	Pfund	75 Pf.
Rinderbrust	Pfund	75 Pf.
Rinderkamm	Pfund	65 Pf.
Gehacktes	Pfund	65 Pf.
Hammel dicke Rippe	Pfund	90 Pf.
Hammeldünnung	Pfd.	85 Pf.
Kalbskeule i. Ganzen	Pfd.	80 Pf.
Kalbsrücken im Ganzen	Pfund	80 Pf.
Kalbskamm	Pfund	75 Pf.
Kalbsbrust	Pfund	75 Pf.
Spitze 2–3 Pfund	Pfund	90 Pf.
Hirsch, Renntier und Rehwild zu den billigsten Tagespreisen		
Kaninchen gefroren	Stück	70 bis 90 Pf.

Wurstwaren

Zervelat- und Salamiwurst	Pfund	2.20
Schinkenwurst	Pfund	1.80
Schinkenstücke in Stück. von 1½–4 Pfd.,	Pfd.	1.70
Schinkenspeck in Stücken von 1½–4 Pfd.,	Pfd.	1.60
Magerer Speck	Pfund	1.45
Teewurst	Pfund	1.55
Sardellenleberwurst	in kleinen Würsten Pfd	1.40
Tomatenleberwurst		
Trüffelleberwurst		
Landleberwurst	Pfund	1.10
Bauernmettwurst	Pfund	1.55
Mettwurst nach Braunschweiger Art	Pfund	1.40
Jagdwurst	Pfund	1.20
Rotwurst	Pfund	1.10 80 Pf.
Aufschnittfleisch 5-Pfund-Dose		6.25

Räucherwaren

Kieler Bücklinge 2 Stück		10 Pf.
Makrel-Bücklinge Stück		10 Pf.
Goldfische	Stück	14 Pf.
Sprotten	Pfund	45 Pf.
Sprotten Kiste ca. 1 Pfund		43 Pf.
Lachs-Bücklinge	Stück	10 Pf.
Ger. Aal	Pfd.	1.20 1.50 1.80
Matjes-Heringe Stück		10 15 20 Pf.

Fische

Kabeljau in ganzen Fischen, ohne Kopf	Pfund	28 Pf.
Schellfisch	Pfund	38 Pf.
Heilbutt im Ausschnitt	Pfd.	70 Pf.
Frische grüne Heringe Mandel		34 Pf.
Lebende Lausitzer Schuppen- u. Spiegel-Karpfen Pfund		80 85 Pf.
Lebende Schleie groß	Pfd.	95 Pf.
Lebende Hechte	Pfund	88 Pf.
Lebende Plötzen	Pfund	45 Pf.
Goldbarse	Pfund	25 Pf.

Vorschriftsmäßige Brot- und Mehlbücher ..... Stück 75 Pf.

Theater für Freitag, 26. Februar:

Berliner Theater 8 Uhr: „Extrablätter!"

Deutsches Opernhaus, Charlottenb. 7 Uhr: Lohengrin.

Friedrich-Wilhelmstädt. Theater. 8 Uhr: Die Fledermaus.

Gebr. Herrnfeld-Theater 8 Uhr: Familie Plaschek. Heilbring contra Heilbring.

Kleines Theater 8 Uhr: Jettchen Gebert.

Komische Oper 8.10 U.: Gold gab ich für Eisen.

Komödienhaus 8 Uhr: Biedermeier.

Lessing-Theater 8 Uhr: 2 × 2 = 5.

Lustspielhaus 8¼ U.: Die Orientreise. Sonnt. 3¼ U.: Das Leutnantsmündel.

Metropol-Theater 8 Uhr: Woran wir denken!

Montis Operetten-Theater 8 Uhr: Der liebe Pepi.

National-Theater 8 Uhr: Wenn d. Landsturm kommt

Residenz-Theater 8 Uhr: Die Schöne vom Strand.

Rose-Theater 8 Uhr: Die heilige Not.

Schiller-Theater O. 8 Uhr: Des Meeres u. d. Liebe Wellen

Schiller-Th. Charlottenbg. 8 Uhr: Der Störenfried.

Thalia-Theater 8 Uhr: Kam'rad Männe.

Theater am Nollendorfpl. 8¼ U.: Immer feste druff! Sonnt. 3½ U.: Der Graf v. Luxemburg.

Theater des Westens 8 Uhr: Rund um die Liebe

Theater in der Königgrätzer Straße 8 Uhr: Rausch.

Trianon-Theater 8¼ U.: Das Liebesnest.

Volksbühne. Theater am Bülowplatz 8¼ U.: Der Strom.

Walhalla-Theater 8 Uhr: Krümel vor Paris.

URANIA Taubenstraße 48/49. 4 Uhr (Halbe Preise): Auf d. Schlachtfeldern Ostpreußens. Abends 8 Uhr: Die Vogesen und ihre Kampfstätten.

WINTER GARTEN Letzte Woche! Johanna Terwin vom Deutschen Theater, Berlin, Jakob Tiedtke v. Lessing-Theater, Berlin, in: Landwehrmann und Pikardo. Zeitbild von Otto Reutter. Serene Nord mit ihren Wassernymphen, Rosa Felsegg mit ihrem Aeroplan, Else Berna Operettensängerin sowie der hervorragende Februar-Spielplan. Kleine Preise.

Casino-Theater. Lothringer Straße 37. Täglich 8 Uhr. Das neue dreiaktige Volkslustspiel: Der Herr Kommerzienrat. Dazu das erstklass. Spezialität.-Progr. Meßterische Kriegsbilder usw. usw. Sonnt. 4 Uhr: Durch Klippen u. Wellen

Reichshallen-Theater. Stettiner Sänger. Zum Schluß: Weihnachtsabend im Schützengraben. Anfang 8 Uhr. Militärpersonen und deren Angehörigen vollkommen freier Zutritt zu den Stett. Sängern.

Zirkus Alb. Schumann Freitag, 26. Febr., Anf. 7½ Uhr: Gr. Sport-Vorstellung. Besonders hervorzuheben: Artur Saxon-Trio die stärksten Männer der Welt mit ihrer lebenden Automobilbrücke. 4 Clacrons, 2 Dam., 2 Herren i. ihr. hervorragenden Leistung. Weises 5 rollschuhlaufende und radfahrende Bären. Gebr. Ernst u. Oskar Schumann. Um 9½ Uhr: Ost und West. Großes patriotisch. Schaustück aus der Gegenwart in 4 Akten.

Voigt-Theater. Badstr 58. Badstr. 58. Heute Freitag, den 26. Februar: Benefiz für Paul Uding. Erkämpftes Glück oder: Kinder des Volkes. Volksst. m. Gesang i. 4 Akt. v. E. Braun. Kassenöffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.

Palast-Theater am Zoo Bis 28. Februar inklusive: „Muttchen hat's Wort!" Anfang täglich 8 Uhr.

~~Theater Folies Caprice~~ 8¼ Possen-Theater 8¼ Sprechstunde. Ein angenehmer Herr.

Martin Kettner a. G.

Verkäufe.

Teppiche mit kleinem Fehler, sehr billig. Gardinen, Portieren, Steppdecken, Tischdecken, Diwandecken, sehr billig. Vorwärtsleser 5 Prozent Rabatt. Teppichhaus Brünn, Hackescher Markt 4 (Bahnhof Börse). 246/4*

Monatsanzüge, nur wenig getragen, Paletots, Ulster, Hosen, Gesellschaftsanzüge werden spottbillig verkauft. Die elegantesten Anzüge sind leihweise billig zu haben. Altbekannte Firma. Max Weiß, Große Frankfurterstraße 88.

Einsegnungskleider. Prüfungskostüme, Paletots, Sportjacken, Trauerkostüme, schwarze Trauermäntel, Röcke, Blusen, Kinderkleider direkt aus Arbeitsstuben spottbillig. Meyer, Büchserstraße 13, 1. Etage. Sonntags geöffnet. 2983R*

Teppich-Thomas. Oranienstr. 44 spottbillig farbleiderhafte Teppiche, Gardinen. Vorwärtsleser 5 Prozent Extrarabatt. 108R*

Möbel.

Kriegshalber. Bildschöne Wohnungseinrichtung, herrliche Küche, alles noch neu, zusammen nur 225 Mark. Rosenthalerstraße 57, vorn III bei Glas. (Gewerblich.) Händler verbeten. 15/7*

Teilzahlung bei günstigsten Bedingungen. Möbelhaus Gabbert, Ackerstraße 51.

Preise nur jetzt im Kriege, nie wiederkehrend: Englische Bettstelle 28, Ruhebett 24, englischer Ankleideschrank mit Wäscheabteil und Facettespiegel 88, derselbe etwas kleiner 63 Mark, Bücherschrank, Trumeau 30, Vertiko, Kleiderschrank mit Verglasung 39, Sofa 36, großer Teppich, gute Qualität, schönes Muster 29, wundervolle, billige Schlafzimmer, herrliche, billige Wohnzimmer, Küche siebenteilig 58, Schreibtisch 38, Ausziehtisch 16, Rohrstuhl 3,50, Waschtollette 19. Ehrlich, Alte Schönhauserstraße 32.

Möbelkredit. Komplette Wohnungseinrichtungen, einzelne Möbelstücke. Geringste Anzahlung, bequemste Abzahlung. Kreditshaus Luisenstadt, Köpenickerstraße 77/78, Ecke Brückenstraße, nahe Jannowitzbrücke.

Gelegenheitskäufe!! Kücheneinrichtung mit Eimerschrank 12,—, Bettstellen mit Matratzen 8,—, 15,—, Muschelkleiderschrank 28,—. Moquettsofa 35,—. Plüschgarnitur, Sofa, 2 Sessel 50,—. Viele Wohnungseinrichtungen besonders billig. Möbelhaus Osten, Andreasstraße 30. 563R

Kaufgesuche.

Kupfer! Messing! Aluminium! Nickel! Zinn, Zink, Blei, Quecksilber, Stanniolpapier, Platinabfälle, Zahngebisse, Goldsachen, Silberabfälle, Höchstpreise! „Metallschmelze Cohn", Brunnenstraße 25 und Neukölln, Berlinerstraße 76. 1/7*

Zahngebisse, Goldsachen, Silbersachen, Platinabfälle, sämtliche Metalle höchstzahlend. Schmelzerei Christianat, Köpenickerstraße 20 b (gegenüber Manteuffelstraße). 1/12*

Fahrradankauf. Linienstraße 27.

Verschiedenes.

Patentanwalt Müller, Gitschinerstraße 16.

Achtung! Händler! Wer für Lumpen nur neue Abfälle, ständige Abnehmer zu guten Preisen sucht, schreibe sofort unter J. O. 2210 an Rudolf Mosse, Jerusalemerstraße 46/49.

Vermietungen.

Wohnungen.

Charlottenstraße 87 kleine Wohnungen sofort billig. 687a*

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Klavierstimmer. Fast erblindeter Genosse empfiehlt sich als Klavierstimmer. Hasselbach, Neukölln, Memelstraße 10.

Stellenangebote.

Blusen-Arbeiter auf Woll- und Waschblusensachen gegen Vorlage bei hohem Lohn. Meyerhof u. Kaufmann, Charlottenstraße 29/30.

15–20 Korbmacher auf Geschoßkörbe gesucht. 21 cm Transportkörbe, Weide, bestes Holz, gute Werkstelle, hoher Lohn. **C. Riedel,** Brandenburg (Havel) Steinstr. 66. 16/5

Zuschneider für Kartonnagen zu sofortigem Antritt. Kartonnagenfabrik, Martiniusstraße 21. 29028*

Tüchtiger Karosserie-Schlosser sofort gesucht. Adlerwerke Berlin, Zimmerstraße 94. 11655

Drillinge, 2 Gestellmacher (Korbmacher) per sofort gesucht Stubbenstraße 10 (Laden). 16/4

Photographengehilfe, tüchtiger, sofort gesucht. Meldungen 1—2 Uhr mittags oder 7—8 Uhr abends. A. Jandorf u. Co., Kottbuserdamm 1.

Tüchtige Mechaniker verlangen sofort **Odeon-Werke Weißensee.** Berlin-Weißensee, Lehderstr. 20/25.

20 Bauschlosser sofort verlangt. Knorr-Bremse A.-G. Abteilung Lankwitz, Charlottenstraße 31. 260/9

Schirrmeister, Zuschläger, Dreher und Hobler stellt sofort bei hohem Akkordverdienst ein **Orenstein & Koppel - Artur Koppel** Aktiengesellschaft Reparaturwerkstatt Spandau Hamburger Str. 36–39.

Schmiede und Helfer b. hoh. Lohn sof. verl. Brandenburgstr. 81

Tüchtig. Bürstenmacher suchen bei hohem Lohn **Haase & Co., Gotha** Kontor: Kaiserstr. 7 II.

Klempner auf Messing- und Treibarbeiten für Behälterbau bei hohem Verdienst sofort verlangt 11663b **Maximall-Apparate-Fabrik.** Blücherstr. 12.

Tücht. Klempner sof. gesucht. Fahrgeld vergütet. 11675 **Robert Schreider u. Co.,** Spez.-Fabrik für Koch-, Heiz- und Leuchtapparate, Braunschweig-Rüningen.

Flotter Einbinder, der auch zugleich, wenn nichts einzubinden ist, ausziehen kann, findet sofort Beschäftigung. Meldungen vormittags 10—1, nachmittags 4—5 Charlottenburg, Berliner Str. 53.

Tüchtige **Motorschlosser** und **Automobilschlosser** sofort gesucht 11645 **Adlerwerke Berlin,** Zimmerstr. 94.

Tüchtige **Geldschrankbauer** verlangt Geldschrankfabrik **Lindner,** Gollnowstr. 43.

Tüchtige Montagearbeiter und Nieter für Brückenbau gesucht. Zu melden bei Monteur Merkel, Bahnhof Friedrichstraße, Eingang Georgenstraße.

Verantw. Redakt.: Alfred Wielepp, Neukölln. Inseratenteil verantw. Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 1 Beilage u. Unterhaltungsbl.

Abgeordnetenhaus.

92. Sitzung, Donnerstag, den 25. Februar, 1½ Uhr nachmittags.

Am Ministertische: Sydow.

Die Genehmigung zur Strafverfolgung des Abg. Wallbaum (konservativ) wegen Preßvergehens wird nicht erteilt.

Die Vorlage über die Erweiterung der Stadtkreise Essen und Oberhausen wird in dritter Lesung angenommen.

Etat für Handel und Gewerbe.

Berichterstatter Abg. Oeser (Vp.)

gibt der Ueberzeugung der Budgetkommission Ausdruck, daß das deutsche Wirtschaftsleben die Prüfung durch den Krieg glänzend und kräftig überstanden hat. Während von unseren Feinden kein einziger die Kriegsmittel in der eigenen Produktion herstellen kann, ist Deutschland vollkommen unabhängig vom Ausland; ja, es kann sogar von dem reichen Schatz seiner Waren seinen Verbündeten abgeben. Ueber die Angstperiode bei Beginn des Krieges sind wir hinaus. Die Produktion hat sich wieder zurechtgefunden, dank auch der glänzenden Politik der Reichsbank und der vorbildlichen Leistungen unserer Eisenbahnen, die auch durch zahlreiche Aufträge das Wirtschaftsleben befruchtet und Arbeitsgelegenheit geschaffen haben. Wir alle haben die Bedeutung unserer leistungsfähigen Staatsbetriebe erkannt. Die Kriegskrediteinrichtungen wurden nicht in dem Maße in Anspruch genommen, als man angenommen hatte, es war vielmehr schon nach kurzer Zeit ein Ueberfluß an Kapital vorhanden. Dies rechtfertigt es, daß die Regierung dem vielseitigen Drängen nach Erlassung eines allgemeinen Moratoriums nicht nachgegeben hat. An die Stelle der Arbeitslosigkeit im Anfang ist ein Mangel an qualifizierten Arbeitern getreten, dem hoffentlich durch das Zusammenwirken von Staatsregierung und Heeresverwaltung ein Ende gemacht werden wird. In schwieriger Lage ist allerdings das Baugewerbe. Auch unsere Ausfuhrindustrie hat dank der Anpassung der Industrie an die neuen Verhältnisse nicht so gelitten, wie vorher befürchtet werden mußte. Natürlich ist aber der normale Umfang der Produktion nicht erreicht worden, schon weil ein großer Teil der Arbeitskräfte eingezogen ist, die Rohstoffversorgung macht aber weit weniger Schwierigkeiten, zum Teil dank unserer glänzenden Erfolge im Osten und Westen. Der Unternehmergewinn ist geringer geworden, aber in einer so gewaltigen Zeit kann nicht die Höhe der Dividende ausschlaggebend sein, sondern allein die Frage, wie die Produktion aufrechtzuerhalten ist. Das Handwerk soll auch beim Wiederaufbau Ostpreußens beschäftigt werden, wenn eine Organisation gefunden wird, die imstande ist, die rechtzeitige Erfüllung der Lieferungen zu garantieren. Die großen Leistungen der Gewerkschaften in der Arbeitsvermittlung hat auch der Minister anerkannt; nach dem Friedensschluß werden an die Arbeitsvermittelung, die nach allgemeiner Ansicht nicht Gegenstand des politischen Kampfes sein soll, besondere Anforderungen herantreten.

Abg. v. Hassel (k.)

spricht seine Bewunderung für die Anpassung der Industrie aus, die nicht zum geringsten den deutschen Arbeitern zu danken ist, die ihre volle Schuldigkeit getan haben. Die Arbeitslosigkeit ist geschwunden, wer Arbeit haben will, kann sie finden. Mit Neid blickt das Ausland auf Deutschland, seine Arbeiterschaft, seine Technik und die glänzenden Leistungen seiner Volkswirtschaft. (Beifall.)

Abg. Dr. Beumer (natl.):

Die gewerbliche Mobilmachung war der militärischen ebenbürtig. Wir sind ohne Moratorium ausgekommen, die Geldblamage Englands aber begann mit dem Moratorium und seinem Bankdiskont von 10 Proz. Hoffentlich gewinnt der Wechsel auf London niemals wieder seine frühere Bedeutung. Die Einigkeit aller Erwerbsstände wurde nur zu Anfang gestört durch einen teilweisen parasitären Zwischenhandel, dessen Bekämpfung beim Minister in guten Händen ist und wobei alle Fachverbände mitwirken werden.

Abg. Giesberts (Z.):

Dieser Krieg lehrt die Ueberlegenheit deutscher organisatorischer Friedensarbeit und deutscher Anpassungsfähigkeit. Ohne die Organisation des Handwerks und Mittelstandes hätten diese sich an den Kriegslieferungen nicht beteiligen können. Scharf zu mißbilligen ist, daß einzelne Heereslieferanten ihre Unentbehrlichkeit dazu ausnutzten, übertriebene Preise zu fordern. Die Regelung der Arbeitsnachweise hat der Industrie die Erfüllung ihrer Aufgaben ermöglicht, hat aber auch den dunklen Existenzen einen Strich durch die Rechnung gemacht, jenen Leuten, die aus Heereslieferungen möglichst viel Geld herausschlagen, aber dabei die Arbeitslöhne möglichst herunterdrücken möchten. Das Arbeitsnachweisproblem muß auch nach dem Kriege im Vordergrunde der Beratungen bleiben, aber außerhalb aller politischen und gewerkschaftlichen Kämpfe stehen.

Abg. Dr. v. Woyna (fk.)

fordert die Regierung zur Hilfe für die ländlichen Handwerker auf.

Abg. Rosenow (Vp.).

So wie gestern das vaterländische Werk der Landwirtschaft warm anerkannt wurde, so heute die Tätigkeit von Handel und Gewerbe, die allen anfänglichen Schwierigkeiten zum Trotz durch ihre Anpassungsfähigkeit dazu gelangt sind, kräftig an der Schaffung der Grundlagen des deutschen Sieges mitzuarbeiten. Wenn auch viele von den tüchtigsten Kräften eingezogen wurden, und wenn die Räume der Fabriken vielfach gar nicht für die neueingerichteten Fabrikationen geeignet sind, so vollzieht sich doch die Arbeit zur Zufriedenheit der Heeresverwaltung. Unser Dank gebührt der Reichsbank und ihrem Präsidenten für die Organisation der Geldwirtschaft, den Eisenbahnen, den Handels- und Handwerkskammern. Namentlich die Berliner Handelskammer hat sich große Verdienste erworben, u. a. bei der Beruhigung der in ihrer Existenz bedroht gewesenen Angestellten und durch die Beilegung von Arbeitsdifferenzen. Es wird schwierig sein, im Frieden den Ausgleich zu finden für die augenblicklich gezahlten hohen Löhne, denen zwar hohe Lebensmittelpreise gegenüberstehen, die aber für gewöhnliche Zeiten kaum zu erschwingen sein werden; bei der großartigen Haltung der Arbeiterschaft sind ihr diese Löhne vollauf zu gönnen, und wir wollen, daß die Mitwirkung der Arbeiterschaft an der Aufrechterhaltung der Volkswirtschaft auch nach dem Kriege nicht vergessen werde. Die Schließung der Effektenbörse und die Stillegung der Getreidebörse werden ruhig getragen im Interesse des Vaterlandes. Wir hoffen, daß die neue Kriegsanleihe den gleichen Erfolg hat wie die erste. Die parasitären Elemente weist der Kaufmannsstand weit von sich weg. Für die Regelung der Arbeitsvermittelung dürften sich die bayerischen Maßnahmen als Vorbild empfehlen. Dem Handwerk müssen sowohl mehr Staatsaufträge als auch größere Kenntnisse zugeführt werden. Für die Kleinkaufleute muß insbesondere beim Wiederaufbau Ostpreußens gesorgt werden.

Handelsminister Sydow

dankt gleichfalls Handel und Gewerbe für die bewunderungswürdige Anpassung. Nach der anfänglichen Stillegung der Exportindustrien, auch der Luxus- und eines großen Teils der Textilindustrie gibt die Steigerung der Beschäftigtenzahl den Beweis dafür, daß auch diese Erwerbszweige sich anderweit nützlich zu machen verstanden haben. Die Arbeitslosenziffer ist gegenwärtig günstiger wie zu Anfang des Krieges, ja selbst als zur gleichen Zeit im vorangegangenen Friedensjahr. Bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit haben die Gewerkschaften der verschiedenen Richtungen nützlich mitgewirkt und in dankenswerter Weise erhebliche Mittel zur Beschaffung von Arbeit, zur Unterstützung der Arbeitslosen und der Familien der Kriegsteilnehmer aufgewendet. Ich habe mich stets dafür ausgesprochen, daß die Arbeitsnachweise objektiv und unparteiisch nichts anderes tun sollen, als den geeigneten Mann an die richtige Stelle zu bringen. Mit Freuden hat die Regierung gesehen, wie sich das Kreditwesen schon nach wenigen Wochen des Krieges wieder auf eine gesunde Basis gestellt hat. Durch ein Moratorium hätten wir unser Wirtschaftsleben nicht gefördert, sondern auf den Kopf gestellt. (Zustimmung.) Dem parasitären Zwischenhandel wird nach Möglichkeit entgegengearbeitet. Der Krieg hat gelehrt, daß sich das Handwerk noch mehr als bisher an den Gedanken der Organisation und der kaufmännischen Schulung gewöhnen muß. Der Zeitpunkt für eine Eröffnung der Fondsbörse ist noch nicht gekommen. Die Darlehnskassen bieten hinreichend Gelegenheit, Wertpapiere zu Geld zu machen. Zum Schluß stelle ich mit Genugtuung fest, daß neben der Landwirtschaft Handel und Gewerbe, Arbeitgeber wie Arbeitnehmer gleichmäßig dazu beigetragen haben, Deutschland durch den schweren ihm aufgezwungenen wirtschaftlichen Kampf zum glücklichen Ziele hindurchzuführen.

Abg. Hué (Soz.):

Der vorliegende Etat kann infolge der Kriegsereignisse naturgemäß nicht so behandelt und bewertet werden, wie wir das gewöhnlich bei einem so wichtigen Etat tun. Ich muß mich daher auf einige summarische Bemerkungen beschränken, die allerdings vielleicht hier und da nicht gerade angenehm klingen werden, aber wie ich überzeugt bin, der Wahrheit entsprechen. — Wenn wir unser Wirtschaftsleben bei Eintritt des Krieges beobachten, müssen wir zugeben, daß die schlimmsten Befürchtungen, die wir vor dem Ausbruch des Krieges gehegt haben, sich nicht erfüllt haben. Wir müssen zugeben, daß sich das deutsche Wirtschaftsleben im Vergleich selbst zu dem neutralen Ausland in verhältnismäßig günstiger Lage befindet. Es ist eine Neuorganisation fast der ganzen Volkswirtschaft eingetreten, die natürlich nicht ohne Stockungen und Störungen erfolgen konnte, an denen die Schwächsten im Volke wieder am schwersten zu tragen hatten. Was wir nun vor uns sehen, ist das Ergebnis des Zusammenarbeitens einer Reihe von Faktoren, die in Friedenszeiten, zusammengeschlossenen wirtschaftlichen und politischen Organisationen, nicht gerade harmonisch zusammengearbeitet haben. Anfänglich war die Arbeitslosigkeit viel größer als die durchaus unvollkommene amtliche Statistik sie erscheinen ließ. Allein die freien Gewerkschaften zählten anfangs September 370 126 arbeitslose Mitglieder = 21,2 Proz.; Ende Oktober hatte sich diese Zahl auf 10,7 Proz. vermindert — es handelt sich um völlige Arbeitslosen — und seitdem ist die Zahl der Arbeitslosen fast ständig gesunken, so daß heute in sehr wichtigen Erwerbszweigen, namentlich in der schweren Industrie, im Bergbau, von einer Arbeitslosigkeit nicht die Rede ist, eher von einem Arbeitermangel, und zwar an geschulten Arbeitern. Diese Entlastung des Arbeitsmarktes hat vor allem seine Ursache in der außerordentlich starken Einberufung von Arbeitskräften zum Heeresdienst. Allein die freien Gewerkschaften zählten bis Ende Oktober 660 000 zum Heere einberufene Mitglieder, und ähnliche Ziffern haben die anderen Gewerkschaften bekanntgegeben. — Es ist vorher von den gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen manches gute Wort gesagt worden, und ich erwarte, daß das auch seine guten Früchte tragen wird. Die Gewerkschaften haben ohne Unterschied der Richtung ihren ganzen Organisationsapparat in den Dienst der Arbeitsvermittlung und der Arbeitslosenfürsorge gestellt. Allein die **freien Gewerkschaften** haben in den ersten fünf Kriegsmonaten über **23 Millionen Mark zur Arbeitslosenunterstützung** und für Unterstützung von Kriegerfamilien ausgegeben. (Hört! hört!) Diese soziale Tätigkeit der Gewerkschaften hat erheblich zur Entlastung von Staat und Gemeinde beigetragen. Ich hoffe, daß diese gemeinnützige Tätigkeit in Zukunft vollständig und in allen Konsequenzen anerkannt werden wird. Ich wurde daher unangenehm berührt dadurch, daß gestern der Landwirtschaftsminister von Schorlemer in der Budgetkommission abfällige Aeußerungen über die Organisation der Forstarbeiter getan hat. Wenn das schon an einer solcher Stelle geschieht, dann braucht man sich wahrlich nicht zu wundern, wenn auch nachgeordnete Behörden und namentlich Privatunternehmer von den Arbeiterorganisationen nichts wissen wollen.

In einem erfreulichen Gegensatz zu den Ausführungen des Landwirtschaftsministers stehen die anerkennenden Worte des Handelsministers über die Leistungen der Arbeiterorganisationen und ich hoffe, daß nach dem Kriege nicht der Kurs Schorlemer, sondern der Kurs Sydow gesteuert wird. Jetzt bei der Umgruppierung unserer Volkswirtschaft hat sich die eminente Bedeutung der Organisationen aller Stände gezeigt; man sollte sie daher fördern und in ihrer Tätigkeit nicht hemmen. Die Arbeitslosigkeit ist immer noch recht erheblich. Das beweist die Arbeitslosenstatistik der Gewerkschaften. Den paritätischen Nachweis, der nur dafür sorgt, daß der richtige Mann an die richtige Stelle kommt, haben die freien Gewerkschaften schon seit Jahren gefordert. Die Arbeitslosenstatistik liegt recht im Argen. Hätten wir auf Grund einer solchen Statistik bei Beginn des Krieges einen Ueberblick über die verfügbaren Arbeitskräfte gehabt, dann hätten manche Irrungen und Wirrungen vermieden werden können. Die Löhne sind in gewissen Gewerben zweifellos gestiegen. Die Erhöhung der Lebensmittelpreise hat diese Steigerung aber mehr als wett gemacht. Es werden geradezu

wucherische Preise

für die wichtigsten Lebensmittel gefordert. Diese Wucherer und Preistreiber können direkt als Hyänen hinter dem Schlachtfelde bezeichnet werden, denn sie versündigen sich schwer an unseren vaterländischen Interessen. Ihr Treiben ist unerhört und skandalös. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn es ängstliche Gemüter gibt, die befürchten, daß unsere Lebensmittel nicht ausreichen, so deshalb, weil diese Preistreiber mit den notwendigsten Lebensmitteln ihr Unwesen treiben. Gewiß ist es in England und Frankreich nicht besser und unsere englischen Freunde haben im Parlament diesen Lebensmittelwucher mit den schärfsten Worten gegeißelt. Die Raffgier ist überall zu Hause. Was nützt eine Lohnsteigerung um 25 Proz., wenn die Lebenshaltung um 50 Proz. verteuert wird? Je länger diese Mißwirtschaft anhält, desto erbitterter wird die Stimmung des Volkes gegen diese Ausbeuter werden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Mehr als je ist jetzt notwendig, daß

die Gleichberechtigung der Arbeiter

auf allen Gebieten durchgeführt wird. Das wird nicht nur in der Bevölkerung daheim eine bessere Stimmung auslösen, sondern es wird herausdringen zu unseren Brüdern in den Schützengräben und es wird dem Feinde erst recht unmöglich werden, uns zu überwinden. In dieser Richtung werden auch die heutigen Worte des Ministers eine günstige Wirkung haben. Ein anderer Eindruck darf nicht einmal aufkommen, er ist aber durch gewisse Bekanntmachungen erweckt worden, die bei strenger Befolgung hätten dazu führen können, die Freizügigkeit der Arbeiter zu beschränken. Keine Militärbehörde hat das Recht, nichtmilitärpflichtigen Arbeitern bestimmte Arbeitsstellen vorzuschreiben. Das ist ein Eingriff in die Arbeitsvertragfreiheit, gegen den wir auch in dieser Zeit, wo wir allen Konfliktstoff vermeiden möchten, aufs schärfste Protest einlegen. Wenn man sich mit den Arbeiterorganisationen in Verbindung setzt, dann wird man auch die Mittel finden, die derartige Bekanntmachungen überflüssig machen. Wenn dafür gesorgt wird, daß die Gleichberechtigung der Arbeiter nicht nur auf dem Papier steht, sondern auf allen Gebieten durchgeführt wird, dann wird das zweifellos zu einer Hebung des Ansehens Deutschlands in der Welt beitragen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Der Handelsetat wird bewilligt. Das Knappschafts-Kriegsgesetz wird von der Tagesordnung abgesetzt.

Der Bergetat.

Handelsminister Sydow:

Die jetzige Bergwerksproduktion beträgt 60 Proz. der Förderung in der Friedenszeit. Das Ausbleiben der englischen Kohle, die Weiterlieferung an unsere neutralen Abnehmer und die Anlegung von Kohlenlagern im Lande macht es nötig, die Kohlenförderung weiter zu steigern. So übersteigt die Nachfrage nach Arbeitskräften das Angebot, weshalb die Oberbergämter ermächtigt wurden, Ausnahmen für die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter zu genehmigen. Jugendliche werden in beschränkten Grenzen auch unter Tage mit leichten Arbeiten beschäftigt. Zu Ueberschichten wird kein Arbeiter gezwungen. Wenn irgendwo, dann ist jetzt der gute Wille der Bergarbeiter besonders viel wert. (Zustimmung.) Man findet ihn auch, wenn man nur die Arbeiterausschüsse über die Absichten der Verwaltung und die Notwendigkeit ihrer Maßnahmen aufklärt. Von Kriegsgefangenen werden nur gelernte Bergarbeiter, und dann nur nach freiwilliger Meldung, sowie zu den gleichen Löhnen wie freie Arbeiter im Bergbau beschäftigt. Ein Teil des Lohns geht an die Militärverwaltung als Beitrag zu den Unterbringungs- und Verpflegungskosten, 25 Proz. bleiben den Gefangenen, so daß sie auch an der Höhe ihrer Leistungen interessiert sind. Der Lohnrückgang war darauf zurückzuführen, daß die nach der Einziehung der kräftigsten Arbeiter neu zusammengesetzten Kameradschaften im Anfang weniger leistungsfähig waren und in den ersten Kriegswochen die Gedanken aller weniger auf die Arbeit, als auf den Krieg konzentriert waren. Jetzt steigen die Löhne wieder. Freilich wird ein Lohnausgleich für die gesteigerten Lebensmittelpreise schwierig sein, denn die Betriebsüberschüsse sind infolge des Kriegsausfalls gesunken, die Kosten aber nicht in gleicher Weise. Zahlen doch die Staatsbergwerke an Unterstützung der Angehörigen der Kriegsteilnehmer nicht weniger als 4 Millionen Mark im Jahre. Hoffentlich gelingt es, ein Herabsinken des Bergarbeiterverdienstes zu verhüten. Der Bergbau kann kaum die Anforderungen an Kohlen und Erzen erfüllen.

Abg. Hue (Soz.):

Da uns neue statistische Angaben fehlen, beschränke ich mich auf wenige Worte. Wir wissen alle nicht, was der nächste Etat bringt, hoffentlich allen etwas Gutes! In den letzten Monaten steigt die Kohlenförderung erheblich. Es müßten unvorhergesehene Ereignisse eintreten, die aber nicht zu erwarten sind, wenn der Kohlenbergbau den Bedarf der Volkswirtschaft nicht vollauf sollte decken können. Das große mitteldeutsche Braunkohlenrevier hat im vergangenen Jahr eine nahezu ebenso hohe Förderung wie in sehr günstigen Jahren. Zu Anfang des Krieges trat eine Preistreiberei in Kochsalz ein, die in den Produktionsverhältnissen durchaus nicht begründet war. Deutschland ist eins der salzreichsten Länder der Welt; man wird dieser Preistreiberei energisch entgegentreten müssen. Sehr wünschenswert wäre es, wenn die Landwirtschaft in weit höherem Maße zum Kaliverbrauch übergehen würde, der heute noch teilweise ganz minimal ist. Davon würde die Kaliindustrie und auch die in ihr beschäftigte Arbeiterschaft profitieren.

Die Erklärungen des Ministers über die Beschäftigung von Kriegsgefangenen im Bergbau werden zweifellos die hier und da aufgetretenen Besorgnisse zerstreuen. In der Kommission, die vormittags getagt hat, ist erfreulicherweise allgemein zum Ausdruck gekommen, daß alles getan werden muß, was aus menschlichen Rücksichten zur Fürsorge für die Kriegsgefangenen getan werden kann. Es ist festgelegt auch jetzt wieder durch den Minister, daß keineswegs ein Zwang auf die Kriegsgefangenen zur Arbeit ausgeübt werden soll. Aus Berichten aus dem Ruhrgebiet kann ich mitteilen, daß die Gefangenen sich dort sehr wohl fühlen und durchaus froh sind, der schrecklichen Langeweile des Gefangenenlagers entgangen zu sein. Einmütig war die Kommission auch darin, daß der volle Arbeiterschutz den Kriegsgefangenen zuteil werden müsse wie anderen Arbeitern. Nach der Erklärung des Ministers dürfen nur gelernte Bergarbeiter unter den Kriegsgefangenen unter Tage beschäftigt werden. Besonders wird die Arbeiter die Erklärung befriedigen, daß die Beschäftigung der Kriegsgefangenen unter keinen Umständen zum Drücken der Löhne führen darf. Wir haben in der Kommission eine Reihe von wichtigen Arbeiterfragen behandelt, und ich hoffe, daß meine Darlegungen über die hier und da noch auftretende Verhinderung der Freizügigkeit und schlechte Behandlung der Arbeiter den gewünschten Eindruck gemacht haben. — Was die Lohnfrage anlangt, so ist dringend zu wünschen und ja auch vom Minister sowie von Vertretern der Industrie und der Kommission zugesagt, daß nach Möglichkeit die eingetretenen Lohnsteigerungen weiter anhalten werden. Das ist absolut notwendig mit Rücksicht auf die anormalen, geradezu wucherischen Lebensmittelpreise. Entweder müssen die Löhne, was ich nicht für möglich halte, diesen wucherischen Lebensmittelpreisen angepaßt werden oder, was ich für erreichbar halte, die Lebensmittelpreise müssen heruntergedrückt werden.

Von den Vertretern der vier Bergarbeiterverbände ist der Reichsregierung die Schaffung eines Reichseinigungsamtes für den Bergbau vorgeschlagen worden. Gelingt es, ein solches Amt zu schaffen, dann wird es nicht mehr nötig sein, daß wir mit unseren Klagen vor dieses hohe Haus kommen. (Beifall.)

Der Etat wird bewilligt. Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Nächste Sitzung: Dienstag 1½ Uhr. (Ministerium des Innern und Kultusministerium.)

Schluß 5 Uhr.

Verlustlisten.

Die Verlustliste Nr. 159 der preußischen Armee enthält Verluste folgender Truppen:

4. Garde-Reg.; Garde-Gren.-Regimenter Alexander, Franz und Nr. 5; Garde-Füs.-Reg.; Garde-Schützen- und Garde-Res.-Schützen-Bat.; Lehr-Inf.-Reg.; Gren.- bzw. Inf.- bzw. Füs.-Regimenter Nr. 3, 5, 8, 9, 10, 12, 15, 16, 17, 20, 22, 23, 24, 27, 30, 31, 33, 34, 38, 41, 44, 46, 47, 56, 65, 66, 72, 73, 74, 76, 77, 79, 81, 84, 85, 87, 90, 92, 93, 95, 96, 97, 99, 109, 111, 112, 114, 116, 117, 129, 132, 136, 140, 141, 142, 145, 148, 151, 154, 155, 158, 161, 167, 168, 171; Ers.-Reg. Königsberg III; Res.-Inf.-Regimenter Nr. 1, 5, 7, 11, 16, 17, 18, 20, 23, 25, 26, 27, 31, 32, 34, 35, 38, 48, 52, 53, 57, 67, 73, 75, 76, 84, 86, 98, 109, 201, 202, 203, 204, 208, 209, 213, 215, 217, 218, 219, 221, 232, 237, 240; Res.-Ers.-Regimenter Nr. 1, 4; Landw.-Inf.-Regimenter Nr. 7, 8, 9, 12, 13, 18, 25, 29, 31, 35, 36, 38, 39, 53, 56, 74, 75, 77, 80, 81, 99; Landw.-Ers.-Reg. Nr. 4; Ueberplanmäßiges Landw.-Inf.-Bat. Nr. 6 des 4. Armeekorps; Landw.-Ers.-Bat. Kulm; Brig.-Ers.-Bataillone Nr. 12, 13, 34, 38, 42; Landw.-Brig.-Ers.-Bat. Nr. 42; Garde-Landst.-Bat. Wünsdorf; Landsturm-Bataillone I Braunsberg, 2. Görlitz, Kattowitz, 2. Mosbach, Preußisch-Stargard; Jäger-Bataillone Nr. 2, 4, 6; Res.-Jäger-Bat. Nr. 4, 7; Maschinengew.-Abt. Nr. 7; 1. Ers.-Maschinengew.-Komp. der Brig. Hoffmann; Festungs-Maschinengew.-Trupp Nr. 33, Metz.

2. Garde-Ulanen; Dragoner Nr. 13, 15, 17, 19; Husaren Nr. 6,

8, 9, 14, 17; Ulanen Nr. 15, 16; Jäger zu Pferde Nr. 12; Landw.-Kav.-Reg. Nr. 2 des 6. Landwehrkorps.

3. Garde-Ref.-Feldart.-Reg.; Feldart.-Regimenter Nr. 11, 23, 24, 31, 74; Ref.-Feldart.-Regimenter Nr. 3, 6, 15, 44, 45; Fußart.-Regimenter Nr. 1, 10, 14, 20; Ref.-Fußart.-Regimenter Nr. 5, 6, 20; Ref.-Fußart.-Batterie Nr. 24.

Pion.-Regimenter Nr. 18, 19, 29; Pion.-Bataillone: I. Nr. 2, I. Nr. 3, I. Nr. 5, II. Nr. 10, I. Nr. 21, I. Nr. 26, I. und II. Nr. 27, Pion.-Ers.-Bat. Nr. 26; 76. Ref.-Pion.-Komp.; 2. Landw.-Pion.-Komp. des 17. Armeekorps.

Linien-Kommandantur Brüssel; Eisenbahn-Reg. Nr. 2; Eisenbahn-Baukomp. Nr. 27; Fernsprech-Abt. des 2. Armeekorps; Etappen-Kraftwagen-Kol. Nr. 7 des 6. Armeekorps; Feldluftschiffertruppe.

Inf.-Munitions-Kolonnen Nr. 1 und 7 (beide ohne Angabe des Armeekorps); Art.-Munitions-Kolonnen Nr. 7 des Garde.-Reservekorps und Nr. 6 des 3. Armeekorps; (F.) Art.-Munitions-Kolonne des 11. Armeekorps; Art.-Munitions-Kolonnen Nr. 4 des 27. Reservekorps und Nr. 29 der 51. gemischten Ers.-Brig.; Schwere Munitions-Kol. Nr. 8 des 1. Reservkorps.

Park-Komp. I Breslau; Straßenbau-Abt. Nr. 4.

San.-Komp. Nr. 1 des Garde-Reservekorps, Nr. 2 des 11. und Nr. 3 des 16. Armeekorps; Ref.-Feldlazarett Nr. 85; Kriegslazarett Nr. 123 des 23. Reservekorps; Kriegslazarett-Abt. Nr. 124 der 9. Etappen-Insp.; Ref.-Lazarett Neuwied.

Garde-Train-Abt.; Train-Abteilungen Nr. 4 und Nr. 6; Div.-Brückentrain Nr. 9; Landst.-Festungstrain des 15. Armeekorps; Landst.-Festungstrain Straßburg i. E.; Fuhrpark-Kolonnen Nr. 2 des 5. Landwehrkorps, Nr. 38 des 11. Armeekorps, Nr. 31 des 17. Armeekorps und Nr. 1 (ohne Angabe des Armeekorps); Ref.-Fuhrpark-Kol. Nr. 4; Magazin-Fuhrpark-Kol. Nr. 10 des 5. Armeekorps; Feldbäckerei-Kolonnen Nr. 8 der Armee-Abt. Gaede und des 1. Reservekorps; Etappen-Pferdedepot des 2. Armeekorps.

* * *

Der Schluß der sächsischen Verlustliste Nr. 112, deren Inhalt gestern mitgeteilt wurde, wird veröffentlicht.

Die württembergische Verlustliste Nr. 124 bringt Verluste des Inf.-Reg. Nr. 124; Ref.-Inf.-Reg. Nr. 247; Feldart.-Regimenter Nr. 13, 49.

Die Verlustliste Nr. 19 der Kaiserlichen Marine wird veröffentlicht.

Die bayerische Verlustliste Nr. 156 bringt Verluste des 1., 2., 6., 7., 8., 10., 11., 12., 13., 14., 15., 16., 17., 19. und 21. Inf.-Regiments; 2. Jäger-Bat.; Ref.-Inf.-Regimenter Nr. 6, 7, 8, 11, 15, 20; Ref.-Jäger-Bat. Nr. 1; Ers.-Inf.-Reg. Nr. 2, 3, 4; Landst.-Inf.-Bataillone Bamberg, Würzburg; 2. Schweres Reiter-Reg.; Ref.-Kav.-Reg. Nr. 5; 1., 6., 9., 12. Feldart.-Reg.; Ref.-Feldart.-Reg. Nr. 1; 1. Ers.-Feldart.-Abt.; II. Ers.-Feldart.-Abt.; 3. Fußart.-Reg.; Leichte Munitionskolonne; Ref.-Fußart.-Bat. Nr. 6; Pion.-Reg.; 2. Pion.-Bat.; Ref.-Pion.-Komp. Nr. 6; Ref.-Fernsprech-Abt. Nr. 1; Ref.-Munitions-Kol.-Abt. Nr. 5; Ref.-Inf.-Munitions-Kol. Nr. 1; Magazin-Fuhrparkkolonne Nr. 9.

Aus der Partei.

Es gibt keine Parteien mehr.

Das „Berliner Tageblatt" bringt in seiner gestrigen Morgenausgabe gleichfalls einen ausführlichen Bericht über die Rede Heines in Stuttgart. An der Spitze des Berichts befindet sich folgende Bemerkung der Redaktion:

„Angesichts des besonderen Interesses, das die telegraphischen Mitteilungen über die Stuttgarter Rede des Abgeordneten Wolfgang Heine erregten, haben wir Heine ersucht, uns das Manuskript seiner Rede zur Verfügung zu stellen oder sie für uns niederzuschreiben. Er hat diesem Wunsche entsprochen, und wir teilen hier die folgenden Hauptstellen aus der Rede mit."

Genosse Scheidemann ersucht uns um Abdruck folgender Zeilen: Ich habe am 29. Januar in einer geschlossenen Mitgliederversammlung zu Hamburg einen Vortrag gehalten, über den das „Hamburger Echo" am nächsten Tage in sehr konzentrierter Weise berichtet hat. Auf Grund dieses Berichts glaubte die „Leipziger Volkszeitung" den Vorwurf gegen mich erheben zu können, daß ich unberechtigerweise die Genossen, die jetzt über die deutsche Sozialdemokratie für das Ausland korrespondieren, als Spitzel bezeichnet hätte. Da mir das nicht im entferntesten jemals in den Sinn, viel weniger über die Zunge gekommen ist, ersuchte ich die „Leipziger Volkszeitung" um eine Richtigstellung, die dann auch der „Vorwärts" am 5. Februar zum Abdruck gebracht hat. Trotz dieser Richtigstellung schrieb am 16. Februar unser Parteiblatt in Essen in einem Artikel wieder folgendes:

„Die zwei oder drei deutschen Sozialdemokraten, die die ausländische Parteipresse mit Nachrichten über interne Parteivorgänge versehen, werden vom Genossen Scheidemann als Spitzel bezeichnet."

Ich schickte daraufhin der Essener „Arbeiterzeitung" eine Berichtigung, die sie am 23. d. M. auch veröffentlicht hat.

Ich bitte die Redaktion des „Vorwärts", aus dieser Richtigstellung einige tatsächliche Angaben übernehmen zu wollen. Nachdem ich festgestellt habe, daß ich das Wort Spitzel nur im Anschluß an einen von mir in jener Hamburger Versammlung zitierten, mit „Parabellum" unterzeichneten Artikel der „Berner Tagwacht" gebraucht habe, also nicht etwa unter Hinweis auf „zwei oder drei", oder gar noch mehr Genossen, an Erfahrungen in der sozialistengesetzlichen Zeit erinnert habe, sagte ich weiter:

„In diesem Artikel wurde der „revolutionäre Teil der deutschen Sozialdemokratie" zu recht törichten Handlungen aufgefordert. „Unter dem Sozialistengesetz," so führte ich aus, „haben wir Leute, die mit solchen Anforderungen an die Arbeiter herantraten, als Spitzel bezeichnet. Jetzt, im Kriege, liegt die Frage nahe, ob dieser „Parabellum" nicht im Dienste einer ausländischen Regierung steht."

Die „Leipziger Volkszeitung" bemerkte damals zu meiner Richtigstellung:

Sie könne „zurzeit" nicht feststellen, zu was für Handlungen Parabellum in der „Berner Tagwacht" aufgefordert habe.

Da das bis auf den heutigen Tag anscheinend keine der wenigen Parteizeitungen vermocht hat, die sich wegen dieser angeblichen Parabellum-Kränkung mit mir beschäftigt haben, bitte ich Sie, Ihren Lesern mitzuteilen, daß es in dem von mir angezogenen Artikel der „Berner Tagwacht" von dem „revolutionären Teil der deutschen Sozialdemokratie" u. a. heißt:

„es ist nötig, daß er sich nicht damit begnügt, die offizielle Politik der Sozialdemokratie zu bekämpfen. **Er muß zu offenen proletarischen Aktionen übergehen. . . .**"

An anderer Stelle hieß es:

„Wenn unsere Arbeit (nämlich die der „Parabellum"-Revolutionäre!) schon einen größeren Kern von Klassenkämpfern gesammelt hat, da gehe man bei entsprechendem Anlaß auf die Straße; mag die Regierung die Landsturmleute gegen Proletarier aufbieten, die Brot und Frieden fordern."

Ich darf es den objektiven Lesern überlassen, zu beurteilen, ob die von mir aufgeworfene Frage unter Hinweis auf meine persönlichen Erfahrungen unter dem Sozialistengesetz berechtigt gewesen ist oder nicht.

Erklärung.

Berlin O. 112, d. 24. 2. 15.

An die Redaktion des „Vorwärts".

Hier.

Werte Genossen!

Genosse Wolfgang Heine behauptet im „Vorwärts" vom 21. d. M. nach dem Vorgang in der „Steinsetzer-Zeitung", Genosse Liebknecht habe in einer Versammlung von Schmutzblättern der Generalkommission gesprochen. Wir sind dieser Legende, die systematisch verbreitet wird, bereits in der „Steinsetzer-Zeitung" entgegengetreten und wir wiederholen hier: Es kann sich nur um eine am 13. Januar d. J. in Lichtenberg abgehaltene Versammlung handeln, in der eine entsprechende Behauptung auftauchte, die jedoch von dem Bureau der Versammlung sofort unter Zustimmung der Versammlung zurückgewiesen wurde. Die Unterzeichneten, die das Bureau der Versammlung bildeten, stellen nochmals mit aller Bestimmtheit fest, daß Genosse Liebknecht die behauptete oder eine ähnliche Aeußerung nicht getan hat, wenn er auch an der bekannten „Internationalen Korrespondenz" sachlich scharfe Kritik übte.

Wir bitten, vorstehende Zeilen im „Vorwärts" zu veröffentlichen.

Mit Parteigruß
Sozialdemokratischer Wahlverein, Bez. Lichtenberg.
Das Bureau der Versammlung:
Hans Bansmer, O. 112, Finowstr. 8.
Emil Loosch, O. 112, Scharnweberstr. 6/7.
Richard Kamke, O. 112, Scharnweberstr. 55.

Totenliste der Partei.

In Karlsruhe starb am 23. d. M. der Parteigenosse Adolf Heising, der Gauleiter des Deutschen Tabakarbeiterverbandes, im Alter von 48 Jahren. Neben seiner gewerkschaftlichen Tätigkeit hat Heising, der schon ein Vierteljahrhundert in der Partei organisiert ist, während seines Aufenthalts in Baden sehr fleißig mitgearbeitet an der Verbreitung der sozialdemokratischen Grundsätze unter der Arbeiterschaft. Vor einigen Jahren hat ein schweres Leiden die Gesundheit des unermüdlichen Mannes untergraben. Als Heising vor kurzem eine berufliche Tätigkeit im württembergischen Teile seines Gaues ausübte, befiel ihn eine Lungenentzündung, die dem Leben des braven Genossen rasch ein Ziel setzte.

Eine Frau und drei unversorgte Kinder trauern um den Toten, dessen Hinscheiden auch für Partei und Gewerkschaft einen herben Verlust bedeutet.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Elektromonteure hatten — was sich aus dem in ihrer Branchenversammlung am Mittwoch erstatteten Jahresbericht ergibt — in den Monaten April bis Juni eine sehr ungünstige Konjunktur und infolgedessen viele Arbeitslose. Im Juli besserten sich die Verhältnisse, die Zahl der Arbeitslosen nahm in erfreulichem Maße ab. Als der Krieg ausbrach, trat ein ungeheuerer Rückschlag ein. Plötzlich stieg die Zahl der Arbeitslosen wieder und erreichte mit 186 in der dritten Augustwoche den höchsten Stand, der die Arbeitslosenziffer von Ende Juli verdoppelte. Vom September ab ging die Zahl der Arbeitslosen langsam zurück, aber nicht weil sich die Verhältnisse in der elektrischen Branche gebessert hatten, sondern weil die arbeitslosen Elektromonteure wieder zu ihren früheren, in der Metallindustrie erlernten Berufen zurückkehrten und dadurch Arbeit auf Kriegsartikel fanden. Ende Dezember hatten die Elektromonteure nur noch 18 Arbeitslose. Wie der Krieg den Geschäftsgang in der elektrischen Branche ungünstig beeinflußt hat, so hat er auch in das Organisationsleben der Elektromonteure störend eingegriffen, indem ein großer Teil der Mitglieder, namentlich sehr viele Vertrauensmänner, zum Heere einberufen wurden. Manche organisatorische Verbindungen wurden dadurch unterbrochen und konnten zum Teil bis jetzt noch nicht wiederhergestellt werden. Die Leitung der Branche ist natürlich bemüht, die Organisationstätigkeit neu zu beleben, doch ist der Erfolg immer noch in Frage gestellt, weil die an erster Stelle tätigen Mitglieder der Branchenleitung mit ihrer Einziehung zum Militär in nächster Zeit rechnen müssen.

Deutsches Reich.

Einstellung der Sonntagsarbeit im Bergbau.

Aus Bergarbeiterkreisen war an das Generalkommando in Münster eine Beschwerde darüber gerichtet worden, daß im Ruhrbergbau Sonntags gearbeitet werde. Darauf wurde geantwortet: „Nach dem Bericht des Dortmunder Oberbergamts werde, entsprechend den Wünschen der Belegschaften, auf keiner Zeche an Sonn- und Feiertagen gefördert. Dagegen sind wöchentlich ein bis zwei Ueberschichten eingelegt worden."

Kriegshilfe im Verbande der Fabrikarbeiter.

Wie die meisten freien Gewerkschaften hat auch der Verband der Fabrikarbeiter den Familien seiner zum Kriegsdienst eingezogenen Mitglieder in den ersten Kriegsmonaten eine Unterstützung aus Verbandsmitteln ausbezahlt. Und zwar erhielten die Frauen monatlich 8 M., für jedes Kind unter 14 Jahren erhöhte sich der Betrag um 50 Pf. Die Unterstützung wurde nicht unterschiedslos an alle Familien gegeben. Bedingung war vielmehr einjährige Mitgliedschaft im Verbande; außerdem sollten die Familien ausgeschaltet werden, die aus anderen Quellen ein Einkommen bezogen, das sie gegen Not sicherte. Trotz dieser einschränkenden Bestimmungen war die Zahl der Empfänger noch recht groß. Es erhielten im September 23 730, im Oktober 22 507 Familien vom Verbande Unterstützung. Die ausbezahlte Unterstützungssumme betrug im September 208 030 M., im Oktober 202 778 M., in beiden Monaten zusammen 410 804 M. Auf eine unterstützte Familie entfielen im September 8,78 M., im Oktober 9 M.

Für den Monat Dezember zahlte der Verband als Weihnachtsgeschenk an alle Familien der zum Kriegsdienst eingezogenen Mitglieder, sowie an alle arbeitslosen und erkrankten Mitglieder eine Unterstützung von 4—6 M. pro Mitglied. Hierfür wurden 159 934 M. aufgewendet.

Ferner beschloß der Verband im September, allen arbeitslosen aber ausgesteuerten Mitgliedern die Hälfte der zuletzt bezogenen Sätze als dauernde Unterstützung weiter zu bezahlen. Hierfür wurden bis Anfang Februar rund (die genaue Summe ist noch nicht ermittelt) 200 000 M. ausgegeben. Vom 1. März ab wird, infolge der wesentlichen Besserung der Arbeitsmarktlage, diese Ausgesteuertenunterstützung nur noch für 4 Wochen gewährt. Dafür wird aber die nach Kriegsausbruch aufgehobene Krankenunterstützung in vollem Umfange wieder eingeführt.

Insgesamt gab der Verband der Fabrikarbeiter in den ersten sechs Kriegsmonaten rund 800 000 M. für außerordentliche Unterstützungen an seine Mitglieder. Die außerdem auf Grund des Statuts ausbezahlten Unterstützungssummen sind noch wesentlich höher. Der Verband hat also „Kriegshilfe" in sehr weitem Umfange geleistet.

Erfolgreiche Lohnbewegung der Heizer in der Königshütte O./S.

Am 15. d. M. hatten 16 Heizer des Eisenwalzwerks unter Verlangen einer Lohnerhöhung die Arbeit eingestellt. Da ihnen eine Prüfung ihrer Forderungen zugesagt und eine Erhöhung ihres Lohnes in Aussicht gestellt wurde, nahmen sie nach zweistündigem Streik die Arbeit wieder auf. Die weitergeführten Verhandlungen haben nun zu dem Resultat geführt, daß den Heizern eine tägliche Lohnerhöhung von 26 Pf. bewilligt wurde. Bisher wurden gezahlt 29 Pf. Stundenlohn und 40 Pf. tägliche Prämie, was bei 11stündiger Arbeitszeit einen Tagesverdienst von 3,59 M. ergab. Nach der Lohnregelung wird jetzt ein Stundenlohn von 35 Pf. gezahlt unter Fortfall der bisherigen Prämie. Der Tagelohn beträgt somit jetzt 3,85 M., während die Forderung der Heizer 4 M. betragen hatte. Die gesamte Ausstandsbewegung in der Königshütte hat damit ihr Ende erreicht.

Eine Bezirksleiterkonferenz des Bäckerverbandes fand am 17. und 18. Februar in Hamburg statt. Sie beschäftigte sich neben einer Reihe von Verwaltungsangelegenheiten vor allem mit der durch die neuen Bundesratsverordnungen geschaffenen Lage im Berufe. Nach eingehender Darlegung der Ursachen, die die Regierung zu dem Verbote der Nachtarbeit veranlaßten und gründlicher Debatte konnte festgestellt werden, daß die bisherige Stellungnahme des Verbandsvorstandes zu der Frage allseitig gebilligt wurde. Einheitlich kam zum Ausdruck, daß alle nur denkbaren Vorbereitungen zu treffen sind, damit nach Kriegsbeendigung nicht etwa durch Aufhebung der Bundesratsverordnung die Nachtarbeit wieder eingeführt wird, sondern daß sie vielmehr dauernd aus dem Berufe der Bäcker und Konditoren beseitigt bleibt. Weiter war die Konferenz der Meinung, daß nach wie vor alles daran gesetzt werden soll, die jetzt durch die Behörden verschiedentlich zugelassene Sonntagsarbeit wieder zu beseitigen. Gelingt dies nicht überall, so haben die Arbeiter als Ersatz einen Ruhetag in der Woche zu fordern.

Aus Industrie und Handel.

Erhöhung der Stahlpreise.

In der Hauptversammlung des Stahlwerksverbandes wurde über die Geschäftslage berichtet.

In Halbzeug hat sich der inländische Abruf in den letzten Wochen etwas gebessert, auch rechnen die Abnehmer mit stärkerer Beschäftigung in den nächsten Monaten. Der Verkauf für das zweite Vierteljahr wurde heute unter einer Preiserhöhung von 7,50 Mark per Tonne freigegeben. Gleichzeitig wurde die bisher gewährte Inlandsvergütung aufgehoben. Der Absatz nach dem neutralen Ausland hat ebenfalls eine Steigerung erfahren und die vorliegenden Aufträge sowie die Nachfrage lassen auch für die nächste Zeit einen Auslandsversand in mindestens jetziger Höhe erwarten.

Eisenbahn-Oberbaumaterial: Von der Preußischen Staatsbahnverwaltung ist ein Nachtragsbedarf in Kleineisenzeug für das Rechnungsjahr 1915 aufgegeben. Auch die Sächsische Staatsbahnverwaltung erhöhte ihren ursprünglich aufgegebenen Bedarf, so daß sie damit auf ungefähr drei Viertel des vorjährigen Bedarfs kommt, während die Bestellung der Bayerischen Staatsbahnverwaltung nicht ganz die Hälfte des vorjährigen Umfanges erreichte. Vom neutralen Auslande wurden wieder einige größere Aufträge hereingenommen. In Rillenschienen hielt sich der Abruf auf der gleichen Höhe wie in den Vormonaten. Das Inlandsgeschäft in den Rillenschienen ist gegenwärtig etwas ruhiger, im Inlande sowohl wie im neutralen Auslande.

Auf dem Inlandsmarkt für Formeisen ist eine Besserung eingetreten. Die Kundschaft sucht sich reichlicher einzudecken, ebenso zeigte der Eingang aus Lieferungsaufträgen eine merkliche Zunahme. Der Verkauf für Formeisen nach dem Inlande für das zweite Vierteljahr wurde zu einem um 10 Mark pro Tonne erhöhten Preise auch hier unter Aufhebung der Vergütung freigegeben. Im Auslande ist ebenfalls eine wesentlich bessere Kauflust eingetreten und auch der Abruf aus den neutralen Ländern ist reger.

Die Berliner Handels-Gesellschaft

erzielte im Vorjahr einen Bruttogewinn von 18,96 Millionen gegen 15,32 Millionen Mark im Jahre 1913. Der Reingewinn stellt sich auf 10,38 Millionen (gegen 11,75 Millionen). An Dividende werden 5 Prozent gezahlt.

Soziales.

Auskunftspflicht bei dem Versicherungsgesetz für Angestellte.

Die Durchführung des Versicherungsgesetzes für Angestellte ist seit dessen Inkrafttreten eine der Hauptbestrebungen der Versicherungsorgane. Es müssen zu diesem Zwecke zahlreiche persönliche Prüfungen und Ermittelungen vorgenommen werden. Für diese zieht das Direktorium der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte und der Rentenausschuß auch die aus Arbeitgeber- und Arbeitnehmerkreisen gewählten **Vertrauensmänner** heran. Ihre Tätigkeit scheint sich im großen ganzen auch erfolgreich zu gestalten, da in der Regel den notwendigen Prüfungen in den Betrieben der Arbeitgeber nichts in den Weg gelegt wird. Immerhin kommt **es vereinzelt vor**, daß **Angaben**, die **auf Grund des behördlichen Auftrages verlangt** werden, **verweigert** werden. Durch dieses **Vorgehen** machen sich aber sowohl Arbeitgeber wie gegebenenfalls Versicherte **strafbar**. Der § 215 des Versicherungsgesetzes für Angestellte bestimmt ausdrücklich, daß die Arbeitgeber dem Rentenausschuß und der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte **sowie den Beauftragten beider Auskunft** über die **Zahl der Beschäftigten**, den **Arbeitsverdienst** und die Dauer der Beschäftigung zu geben haben. Ebenso müssen die **Versicherten** über ihre **Beschäftigung** und ihren Arbeitsverdienst aussagen. Es können also gegebenenfalls auch Personalangaben und, wenn nötig, Versicherungskarten von den Arbeitgebern eingefordert werden. Wenn die vorzunehmende Prüfung eine Rücksprache mit einem Angestellten erforderlich macht, so muß sie der Arbeitgeber gestatten.

Auf **Verletzungen** der Auskunftspflicht stehen **Geldstrafen bis zu 150 Mark.**

Gegen unrechtmäßige Befragung sind die Arbeitgeber dadurch geschützt, daß jeder beauftragte Vertrauensmann eine **Bestallung** seitens der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte besitzt, die er bei der Vornahme der Prüfung vorzuzeigen hat.

Akkord und Kündigungsfrist.

Wenn eine Kündigungsfrist besteht, dürfen vereinbarte Akkordsätze nur herabgesetzt werden, nachdem die Reduktion so lange vorher angekündigt wurde, wie die Kündigungsfrist läuft. Zu diesem zutreffenden Grundsatz bekannte sich gestern wieder die Kammer 2 des Gewerbegerichts.

Bei der Firma Pauly u. Pinner war eine Arbeiterin auf Sattlerarbeiten angestellt worden. Sie erhielt zunächst für die Dauer des Anlernens 15 Mk. Wochenlohn. Später arbeitete sie im Akkord und verdiente durchschnittlich 64 Mk. wöchentlich. Ueber Kündigung war keine Vereinbarung getroffen. Folglich galt die gesetzliche, vierzehntägige Frist. Eines Sonnabends teilte ihr der Meister mit, künftig werde der Stückpreis von 26 auf 17 Pf. gekürzt werden, für eine Frau sei der Verdienst viel zu hoch. Die Arbeiterin war natürlich mit der Kürzung keineswegs einverstanden. Zu einer Verständigung kam es nicht. Die Arbeiterin bekam vielmehr ihre Entlassung und klagte nunmehr auf Lohnentschädigung für vierzehn Tage, und zwar für eine Woche auf 64 M. entsprechend ihrem Durchschnittsverdienst und für die zweite Woche nur 28 M. Minderverdienst. Die Klägerin hatte inzwischen Arbeit erhalten, aber nur 36 M. verdienen können.

Nach der oben wiedergegebenen Auffassung des Gerichts hätte die Klägerin ihre Forderung zugesprochen erhalten müssen. Leider stellte sich aber heraus, daß sie bei ihrem Abgange nicht ausdrücklich die Weiterbeschäftigung auf 14 Tage beansprucht hat. Darin sah das Gericht ein stillschweigendes Einverständnis mit der sofortigen Lösung des Arbeitsverhältnisses und riet der Klägerin dringend, vergleichsweise gebotene 15 M. anzunehmen. Das tat sie denn auch.

Stadtverordnetenversammlung.

5. Sitzung vom Donnerstag, den 25. Februar 1915, nachmittags 5 Uhr.

Der Vorsteher **Michelet** eröffnet die Sitzung nach 5½ Uhr.

Vor Beginn der Sitzung ist der Ausschuß für die Vorlage wegen Nachbewilligung von 350 000 M. für die Schulspeisung gewählt worden; ihm gehören auch Bruns, Heimann, Hintze, Leid, Wurm (Soz.) an.

Für die Vorbereitung von Wahlen zum Bezirksausschuß wird ein Ausschuß gewählt, dem auch Börner, Ewald, Tolksdorf (Soz.) angehören.

Stadtv. **Dove** (Linke) berichtet über die Ausschußberatung der Vorlage wegen Ausdehnung der Tätigkeit der Mieteinigungsämter. Der Ausschuß hat die Vorlage, wonach die bestehenden zehn Aemter auch für die Vermittelung in Schwierigkeiten zwischen Hypothekengläubigern und Grundstückseigentümern zuständig sein sollen, nach eingehender Beratung abgelehnt und, der in erster Lesung von Heimann (Soz.) gegebenen Anregung folgend, einstimmig beschlossen, den Magistrat um eine Vorlage zu versuchen, nach welcher ein besonderes Hypotheken-Einigungsamt errichtet wird. Gleichzeitig soll der Magistrat prüfen, ob nicht eine Ausdehnung dieses Amtes auf die Vororte erreichbar ist.

Stadtrat Dr. **Franz**: Am 7. Januar hat die Versammlung den Antrag Galland besprochen, der die Ausdehnung der Kompetenz der Mieteinigungsämter in der in Rede stehenden Richtung forderte. Dem ist der Magistrat in seiner Vorlage gefolgt. Soll jetzt gemäß dem Ausschußantrage verfahren werden, so würde der Standpunkt der Versammlung inzwischen ein wesentlich anderer geworden sein. Der Magistrat hat also doppelten Anlaß zunächst die Stellungnahme der Versammlung abzuwarten.

Stadtv. **Galland** (Linke): Das Prinzip ist ja gewahrt; der von den Sozialdemokraten gewiesene Weg ist aber der weitaus bessere, aus Gründen, die ebenso sehr in der Sache wie in den Personen liegen. Nur ein einheitliches Hypothekenamt gewährleistet einen wirklichen Erfolg.

Stadtv. **Hintze** (Soz.): Wir haben diesen Widerspruch des Magistrats heute eigentlich nicht mehr erwartet. Die überzeugenden Gründe des Ausschusses scheinen auf ihn wenig Eindruck gemacht zu haben. Es handelt sich hier doch nur um eine Schöpfung für die Dauer des Krieges, nicht um eine dauernde Institution.

Die Versammlung beschließt nach den Ausschußvorschlägen.

Das Armenamt XIII soll in zwei Armenämter „Gesundbrunnen" und „Wedding" geteilt werden; dem ersteren würden 29, dem letzteren 33 Armenkommissionen angehören. Die Unterbringung soll in städtischen Diensträumen in der Badstr. 10/10a und in der Malplaquetstraße erfolgen.

Die Versammlung gibt ihre Zustimmung.

Die Arbeiter-Wasch- und -Unterkunftsräume im Osthafen sollen einige bauliche Aenderungen und Ergänzungen erfahren, für welche an Kosten 13 910 M. veranschlagt sind.

Die Vorlage wird ohne Debatte angenommen.

Für die Durchführung der dem Magistrat nach der Verordnung des Bundesrats vom 25. Januar auferlegten Aufgabe der Regelung des Brot- und Mehlverbrauchs, insbesondere für die Einrichtung des Systems der Brotkarten und der Brotkommissionen fordert der Magistrat einen vorläufigen Kredit von 200 000 M.

Oberbürgermeister **Wermuth**: Diese Vorlage kann nicht vorübergehen, ohne daß anerkannt wird, wie einmütig und entgegenkommend Berlin und die Vororte die Einführung der Beschränkung und der Kontrolle des Verbrauchs an Brot und Mehl auf sich genommen haben. Die Einführung der Brotkarte für 4 Millionen Menschen war gleichwohl nicht leicht; aber es ist uns dabei von allen Seiten Hilfe, man darf sagen — zugeströmt. Des schönen Zusammenwirkens der Stadtverwaltung mit Mitgliedern dieser verehrten Versammlung brauche ich nicht besonders zu gedenken; aber für die freundliche Mitarbeit, welche die Bürgerschaft in allen ihren Teilen, Berufen und Klassen, welche, um einzelne herauszuheben, die Leiter unserer städtischen Schulen und die übrigen Vorsitzenden und Mitglieder der Brotkommissionen, welche die sämtlichen Berliner Hausbesitzer, welche die Gewerkschaften, welche die Frauen, welche auch unsere Jugend geleistet haben und noch leisten, wollen wir mit dem wärmsten Dank quittieren. (Beifall.) Unmittelbar nach ihrer Geburt kommt die Brotkarte uns schon wie ein lieber alter Bekannter vor. (Heiterkeit, Rufe: Na, na!) Vielleicht werden wir sie thränenden Auges scheiden sehen, wenn einmal der Friede sie wieder hinweg scheucht; dann wird der letzte der kleinen Papierblättchen in unseren Händen bleiben als ein Zeichen der Erinnerung an eine große Zeit, in der wir uns Selbstzucht und Beschränkung auferlegten, um den Feind niederringen zu helfen. (Wiederholter lebhafter Beifall.)

Der Kredit von 200 000 M. wird bewilligt.

Die Heimstätte Heinersdorf ist vom Magistrat entsprechend dem Versammlungsbeschluß vom 28. Januar wieder eröffnet worden.

Es ist beabsichtigt, die aus Anlaß des Krieges vorschußweise gezahlten 520 000 M. an Zuwendungen (250 000 M. für Ostpreußen, 100 000 M. für Elsaß-Lothringen, 150 000 M. zur Anschaffung von Liebesgaben für Berliner Truppen, 20 000 M. für den türkischen „Roten Halbmond") aus den Vorbehaltsmitteln im Etat für 1914 zu decken.

Die Versammlung erklärt sich damit einverstanden.

Nachdem noch für die Erweiterung der Pumpstation des Radialsystems I der Kanalisationswerke 400 000 M., ferner jährlich 4000 M. auf 5 Jahre zur Mietung neuer Amtsräume für die Steuerkasse III im Hause Kurfürstenstr. 148 bewilligt worden sind, schließt die öffentliche Sitzung gegen ½7 Uhr.

Aus Groß-Berlin.

Aufhebung der Höchstpreise für Kartoffeln.

Amtlich. **Berlin**, 25. Februar. (W. T. B.) Meine Bekanntmachung vom 17. Februar 1915 über die Festsetzung von Höchstpreisen für den Kleinverkauf von Speisekartoffeln in Groß-Berlin — O. Nr. 19 194 — wird hiermit aufgehoben.

Die Aufhebung tritt sofort in Kraft.

Der Oberbefehlshaber in den Marken
von Kessel, Generaloberst.

Amtlich. **Berlin**, 25. Februar. (W. T. B.) Die Erfahrung hat ergeben, daß zurzeit die Versorgung der Bevölkerung von Groß-Berlin mit Kartoffeln gewissen Schwierigkeiten unterliegt. Eine Reihe von Ursachen sind der Heranschaffung von Kartoffeln in der letzten Zeit hinderlich gewesen. Zum Teil hat der Frost die Entnahme der Kartoffeln aus den Mieten auf dem Felde verzögert, zum Teil waren die Arbeitskräfte und Gespanne auf dem Lande knapp und endlich konnten die Bahntransporte vielfach nicht schnell genug ausgeführt werden. Da diese Umstände zum größten Teil vorübergehender Art sind, berechtigt eine gewisse augenblickliche Knappheit der Kartoffelvorräte nicht zu Bedenken für die dauernde Versorgung der Reichshauptstadt. Zu einer solchen Besorgnis liegt um so weniger Grund vor, als die Stadt Berlin und auch einige andere Gemeinden Groß-Berlins aus ihren Mitteln erhebliche Kartoffelbestände beschafft haben, durch deren teilweise Abgabe sie einem vorübergehenden Mangel begegnen können.

Als eine weitere Maßnahme zur reichlicheren Versorgung der Berliner Bevölkerung mit Kartoffeln ist auch die von dem Oberbefehlshaber in den Marken gestern verfügte einstweilige Aufhebung der Kleinhandelshöchstpreise für Kartoffeln zu betrachten. Da nämlich die großen Städte im Westen, namentlich im Industriegebiet, welche nächst Berlin die größten Konsumenten der aus Ostdeutschland kommenden Kartoffeln sind, in ihrer Mehrzahl keine Höchstpreise für den Kleinhandel mit Kartoffeln festgesetzt haben, so brachte der Großhandel naturgemäß die im Osten aufgekauften Kartoffeln nach dem Westen, wo der Kleinhandel ihm höhere Preise zahlen kann als in Berlin, wo Höchstpreise für den Kleinhandel bestehen. Die Folge war, daß in letzter Zeit große Kartoffeltransporte vom Osten über Berlin direkt nach dem Westen gingen. Die Kleinhandelshöchstpreise stellten somit im gegenwärtigen Zeitpunkt in gewissem Sinne ein Hindernis für die augenblickliche Versorgung Berlins mit Kartoffeln dar. Um diesem zu begegnen, hat der Oberbefehlshaber nach eingehender Beratung mit dem Oberbürgermeister von Berlin und mit Vertretern der höchsten Staatsbehörden sich entschlossen, die am 17. Februar festgesetzten Höchstpreise für den Kleinhandel mit Kartoffeln in Groß-Berlin bis auf weiteres aufzuheben.

Gemeindefinanzen.

Seit Wochen ergehen sich verschiedene Blätter in Prophezeiungen darüber, wie hoch wohl die Gemeindesteuern der einzelnen Gemeinden im neuen Etatsjahre sein werden. Wer die Gestaltung der gemeindlichen Haushaltungspläne kennt, wer da weiß, auf welch unsicherer Grundlage der diesmalige Etat aufgestellt werden muß, dem ist bekannt, daß das für die städtischen Finanzminister eine recht schwere Aufgabe ist. Es war von vornherein klar, daß bei gesteigerten Ausgaben, vor allem aber bei geringeren Einnahmen mit den bisherigen Gemeindesteuerzuschlägen der Gemeindebedarf nicht zu decken sein werde. Soweit es sich um die Ausgaben für die Kriegswohlfahrtspflege durch die Gemeinden handelt, so lassen diese Ausgaben sich gar nicht übersehen. Es ist auch keine Klarheit vorhanden, in welchem Umfange eine Rückerstattung an die einzelnen Gemeinden aus Reichs- und Staatsmitteln erfolgt. Dazu kommt, daß diese Ausgaben nicht aus laufenden Mitteln zu decken sein werden, sondern aus Anleihen genommen werden müssen. Dieser Umstand ist aber für einen Etat von großer Bedeutung. Es ist ein großer Unterschied, ob die Millionenausgaben in einen Etat eingesetzt werden oder nur Zinsen und Tilgungsraten. Die Fertigstellung des Etats aber drängt. Aus diesen Gründen haben die Kämmerer der größeren Gemeinden Groß-Berlins Zusammenkünfte gehabt, um den Versuch zu einer Verständigung über die Höhe des festzusetzenden Gemeindezuschlages zu machen, denn auch auf dem Gebiete des Steuerwesens zeigt sich wie auf allen anderen Gebieten das Elend der kommunalen Zerrissenheit Groß-Berlins. Es ist für die einzelnen Gemeinden nicht gleichgültig, welchen Steuersatz die Nachbargemeinde erhebt. Eine definitive Verständigung scheint aber nicht zustande gekommen zu sein. Charlottenburg und Schöneberg, die im Vorjahre schon 110 Proz. Gemeindezuschlag erhoben, haben bereits 140 Proz. für dieses Jahr vorgeschlagen, die Zustimmung der Stadtverordneten dieser Gemeinden steht noch aus. Berlin, Lichtenberg, Wilmersdorf und Neukölln werden gleichmäßig vorgehen und allem Anschein nach 125 Proz. erheben, wenn nicht neuerdings eine andere Vereinbarung getroffen wird, obwohl auch diese Gemeinden in ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit sehr verschieden geartet sind. Es ist kein Geheimnis, daß zahlreiche Vorortgemeinden in materieller Beziehung recht ungünstig stehen und viele Ausgaben, die in Berlin aus laufenden Mitteln bestritten werden, wie beispielsweise Schulbauten, seit Jahren aus Anleihemitteln decken.

So zeigt sich auch in finanzpolitischer Beziehung in den Gemeinden Groß-Berlins eine recht verschiedenartige Gestaltung, die wieder in der ganzen Struktur der einzelnen Gemeinden ihre Begründung findet. Ein Groß-Berlin, das ein einheitliches Wirtschaftsgebiet bildet und gerade jetzt in vielen Fragen einheitlich arbeiten mußte — allerdings unter großem Zeitverluste — muß auch kommunalpolitisch zusammengelegt werden. Nur dann werden die vielen Unzuträglichkeiten, die in dem Bestehen vieler Einzelgemeinden ihre Ursache haben, beseitigt werden. Voraussetzung ist allerdings, daß ein solches kommunalpolitisches Gebilde eine wirklich freie Selbstverwaltung erhält. Und was eine gute Selbstverwaltung leisten kann, das hat sich in dieser schweren Zeit gezeigt, und auch die Regierung hat das offen anerkannt.

Der Krieg und die Schuljugend.

Die Wirkungen des Krieges auf die Schuljugend wurden im Berliner Verein für Schulgesundheitspflege vom Gesichtspunkt des Arztes betrachtet. Die Urteile, die man da zu hören bekam, waren größtenteils ungünstig.

Prof Baginsky, Direktor des Kinder-Krankenhauses der Stadt Berlin, gab in einem einleitenden Vortrag ein Bild der für unseren Nachwuchs bestehenden Gesundheitspflegeeinrichtungen und ihrer schon eingetretenen oder noch zu erwartenden Beeinflussung durch den Krieg. Sehr abfällig äußerte er sich über die vielen „Kriegs-Kindergärten", die alsbald ins Leben gerufen wurden, um der noch nicht schulpflichtigen Jugend mehr Stätten der Bewahrung zu schaffen. Er sprach von der Ansteckungsgefahr, zu deren Abwehr man inzwischen eine Beaufsichtigung durch Aerzte eingeführt habe, ferner von den bisherigen Mängeln der Ernährung, die er auch heute noch beklagen müsse. Bestrebungen, den Kindern dort eine ausreichende Ernährung zu sichern, seien jetzt im Gange. An den Einrichtungen der Schulgesundheitspflege habe der Krieg nichts geändert, aber der Einfluß auf die Schuljugend fordere nach einer anderen Richtung hin die Aufmerksamkeit des Arztes. Wie gewaltig der Krieg die Jugend gepackt habe, könne man an gewissen seltsamen Erscheinungen sehen, die da zutage getreten seien. Mehrfach sei vorgekommen, daß Kinder unter dem Eindruck von Kriegs- und Siegesnachrichten in Ekstase gerieten, die in einem Falle geradezu einen Zustand des Zusammenbruchs und der Bewußtlosigkeit herbeiführte. Durch Darbietung der Kriegsnachrichten in geeigneter Form könne die Schule den Eindruck auf die Kinder mildern, eine beruhigende Wirkung auf ihr Gemüt ausüben und ihnen einige Widerstandsfähigkeit geben. Dazu sei aber erforderlich, daß nicht die gleichmäßige Arbeit der Schule gestört werde durch die häufigen Unterrichtsausfall, der für die Kinder nur eine neue Quelle der Aufregung sei. Größte Aufmerksamkeit müsse man auch der Schulspeisung widmen. Hier dürfe man sich nicht durch „Redensarten und Reklame" abhalten lassen, zu prüfen, ob sie ausreichend sei. Baginsky ging dann auch auf die Frage des Schulturnens ein, dem er mehr Freiheit durch stärkere Pflege von Spiel und Wanderung wünschte. Für militärische Vorbereitung der Jugend wollte er vom Gesichtspunkt der Schulgesundheitspflege sich nicht besonders erwärmen. Auch werde eine überstürzte Einführung dieser Neuerung schwerlich einen großen militärischen Erfolg vorbereiten. Wohl aber habe die bisherige Erziehung unserer Jugend sich in diesem Kriege für das deutsche Volk bewährt.

In der Besprechung erwiderte Realschuldirektor Kemsies, daß doch in einem Punkt der Krieg die Schulgesundheitspflege beeinflußt habe. Infolge häufigen Unterrichtsausfalles sei bei vielen Kindern die vorgeschriebene Versetzungsreife nicht zu erreichen gewesen, so daß der Minister jetzt die schon immer gewünschte milde Beurteilung habe empfehlen müssen. Von der militärischen Jugendvorbereitung meinte Kemsies, sie habe „sich als eine militärische und vielleicht politische Notwendigkeit herausgestellt". Sie liege im Zuge der Zeit, in andern Ländern sei sie schon viel früher eingeführt worden, und sie werde jetzt auch bei uns für nötig gehalten. In der Schule werde sie zu wesentlichen Aenderungen führen, „sogar in der Volksschule". Für die Volksschule sei sie ja am wichtigsten, wurde ihm von anderer Seite geantwortet. Ein dritter Diskussionsredner warnte, wie Baginsky, vor Ueberschätzung der militärischen Jugendvorbereitung. Sehr viel wichtiger als sie sei Hebung der sozialen Lage unserer Jugend. Professor Benda sah in dem „Begeisterungstrubel", der „die Jugend nun mal ergriffen" habe und „schwer einzudämmen" sei, einen „starken hysterischen Einschlag" und „viel Neuropathisches". Man müsse sich damit abfinden, daß „nach unserem hypochondrisch-neurasthenischen Zeitalter ein manisches gekommen" sei. Erfreulich sei aber die eingetretene Minderung der Schülerselbstmorde.

Vom städtischen Kartoffelverkauf.

Der Kartoffelverkauf der Stadt Berlin wurde am Donnerstag dadurch erweitert, daß zu den bisherigen Verkaufsstellen in den Markthallen neue Verkaufsstellen an der Sonnenburger Straße und an der Paul-Heyse-Straße hinzukamen, wo sich Kartoffellager der Stadt befinden. Auf den Lagerplätzen sah man am frühen Morgen ein reges Treiben zahlreicher Arbeiterinnen, die mit Schippen und Gabeln anrückten, um die hier „eingemieteten" Kartoffeln von ihrer Erd- und Strohhülle zu befreien. Händlern, die sich zur Uebernahme von Verkaufsstellen erboten hatten, wogen Beamte die Kartoffeln zentnerweise zu, und Sack auf Sack wurde auf den Verkaufsständen ausgeschüttet. Das Geschäft wickelte sich im wesentlichen ebenso wie in den Markthallen ab, aber noch härter war dort draußen die Geduldprobe für die wartenden Käufer, die unter freiem Himmel auf feuchtem Boden ausharren mußten. Als um 8 Uhr der Verkauf begann, hatten vor beiden Lagerplätzen sich schon Hunderte von Personen angesammelt, und den ganzen Vormittag hindurch war der Zustrom von Kauflustigen so stark, daß es bis zur Abfertigung manchmal sehr lange dauerte. Besonders an der Sonnenburger Straße mußten, weil hier zeitweise tausend und mehr Personen in Reih' und Glied standen, viele sich eine Wartezeit von einer bis zwei Stunden gefallen lassen. Die Zahl der Verkaufsstände war gering: wir zählten an der Paul-Heyse-Straße acht, an der Sonnenburger Straße gar nur sechs, während gerade hier die große Käuferschar sehr viel mehr Verkaufsstände erfordert hätte. Schutzleute sorgten dafür, daß jeder Neuankommende sich hinten anreihte und kein Ungeduldiger sich vor anderen den Vortritt erzwang. So weit wir die Dinge beobachten konnten — wir haben beide Plätze mehrfach besucht — spielte am Vormittag alles sich in Ruhe ab. Aerger erregten nur die Versuche mancher Käufer, sich einen möglichst großen Kartoffelvorrat zu sichern und mit Hilfe von Familienangehörigen die pro Käufer auf 20 Pfund festgesetzte Höchstmenge zwei- oder dreimal zu kaufen. An der Sonnenburger Straße hörten wir, wie unbeteiligte Zuschauer einem Mann, den sie als Doppelläufer beobachtet hatten und seine 40 Pfund wegschleppen sahen, „Kelle" anboten. Es ist leider nicht immer leicht, solchen Kunden auf die Finger zu sehen und ihrem Kaufeifer entgegen zu treten. Am Nachmittag steigerte sich der Zustrom, weil nun auch schulpflichtige Kinder in großer Zahl kamen. Auf dem Platz an der Sonnenburger Straße zeigte sich, daß die Polizei auf die ihr jetzt gestellte Aufgabe nicht vorbereitet war. Wir verzichten auf eine Schilderung der Auftritte, die wir mitansahen. Warum ließ die Polizei die Kauflustigen nicht mehr, wie am Vormittag, auf dem umzäunten Platz warten, sondern wies sie auf Bürgersteig und Fahrdamm? Den Andrängenden suchten sie in einer Weise zu wehren, die uns an manches Straßenbild früherer Jahre erinnerte. Viele machten sich auf den Heimweg, ohne daß sie die Möglichkeit eines Einkaufs erhalten hatten. Für die Fortsetzung der Kartoffelverkäufe an dieser Stelle wäre vielleicht zu empfehlen, daß man schon am Zaumeingang den Verkehr durch Nummernausgabe zu regeln suchte.

Kriegshumor.

Im „Berliner Lokal-Anzeiger" lesen wir unter den Geburtsanzeigen:

„Seine Ankunft zeigt an
Max Egon W . . . . .
gut geratener, gesunder Kriegs- und Sonntagsjunge.
Wird bestätigt durch
Max und Margarete W . . . . .
Armeelieferanten.
Berlin W, Kurfürstenstr. 27."

In Berlin W scheint man auch in schweren Zeiten noch Sinn für Humor zu haben.

Ein umstrittenes Stadtverordnetenmandat.

An Stelle des verstorbenen Stadtverordneten Louis Sachs mußte am 24. Februar eine Ersatzwahl im 16. Bezirk der 1. Abteilung vorgenommen werden. Es standen sich im Zeichen des Burgfriedens zwei liberale Kandidaten gegenüber. Von den 42 eingeschriebenen Wählern gaben 32 Wähler ihre Stimme ab und jeder der Kandidaten erhielt 16 Stimmen. Jetzt muß eine Stichwahl angeordnet werden. Hat diese das gleiche Ergebnis, entscheidet das Los.

Zur Regelung des Brotverbrauchs.

Gestern fand im Berliner Rathause unter Vorsitz des Oberbürgermeisters Wermuth zur weiteren Besprechung der Brotverbrauchsregelung eine Sitzung statt, an der u. a. neben dem Obermeister und den Altmeistern der Bäckerinnungen Vertreter der Großbäckereien teilnahmen.

Im Hinblick auf noch immer vorkommende Verstöße soll mit der größten Strenge darauf gesehen werden, daß keine Abgabe oder Entnahme von Brot ohne Abtrennung der Abreißscheine erfolgt. Auf Innehaltung des für jeden Bäcker festgesetzten Backkontingents (Dreiviertel des früheren Umsatzes) soll streng geachtet werden.

Ferner wurde festgestellt, daß von jeder Bäckerei allwöchentlich, und zwar erstmalig am nächsten Montag, die bei ihr eingelieferten Brotkartenabschnitte — fortiert nach den vier Arten (25, 50, 100, 250 Gramm) — bei der zuständigen Brotkommission abzuliefern sind mit genauer Angabe des Gewichts der Abschnitte jeder einzelnen Sorte.

Es wurde noch darauf hingewiesen, daß jede Ueberschreitung dieser Vorschriften unnachsichtlich Bestrafung und auch Schließung des Ladens zur Folge haben müßte.

Die an der Sitzung beteiligten Vertreter des Bäckereigewerbes haben es übernommen, ihre Berufsgenossen über ihre

Pflichten aufzuklären. Zur Besprechung und Klärung etwaiger Zweifelfragen soll bis auf weiteres allwöchentlich eine Zusammenkunft stattfinden.

Ein größerer Brand alarmierte gestern früh um 8 Uhr die Berliner Feuerwehr nach der Urbanstraße 87, wo in einer Militäreffektenfabrik Helme und Helmköpfe usw. brannten. Das Feuer ist angeblich durch einen Trockenofen entstanden und konnte innerhalb einer halben Stunde gelöscht werden.

Kleine Nachrichten. Die 18jährige Paula Sch., die bei dem Oberlehrer Dr. B. in der Kaiser-Friedrich-Straße in Neukölln in Stellung war, wurde von ihrer Dienstherrin in leblosem Zustande in der Küche liegend aufgefunden. Neben der Lebensmüden lag eine bis auf den letzten Tropfen geleerte Lysolflasche. In hoffnungslosem Zustande wurde die Sch. nach dem städtischen Krankenhause gebracht. — In der Chausseestraße in Mariendorf trat eine Frau Schulz kurz vor einem in der Richtung nach Berlin fahrenden Straßenbahnwagen der Linie 96 auf das Gleis und wurde umgestoßen; sie erlitt eine leichte Gehirnerschütterung und wurde nach dem Britzer Krankenhaus gebracht. — Der Kutscher Gustav Winkler wurde in der Marktstraße in Reinickendorf beim Ueberschreiten des Fahrdammes von einem Straßenbahnwagen der Linie 32 erfaßt und umgestoßen. Winkler trug einen doppelten Bruch des linken Unterarmes davon; er fand im Rudolf-Virchow-Krankenhause Aufnahme. — Für 3000 M. Militär-Ferngläser erbeuteten Schaufenstereinbrecher in der Nacht zum Donnerstag auf dem Grundstück Mittelstr. 9—10. Sie schlugen dort ein großes Loch in die Schaufensterscheibe der Rathenower Optiker-Kompagnie und räumten alles aus, was sie bequem erreichen konnten. Die gestohlenen Gläser haben zum Teil schwarze, zum Teil feldgraue Gehäuse. — In einem Straßenbahnwagen der Linie 45 wurde Mittwoch abend ein unbekannter Mann vom Tode überrascht. Rechnungen, die man bei ihm fand, lauten auf den Namen eines Maurers Neuendorf. — In einer Schankwirtschaft in dem Hause Richardstr. 162 starb plötzlich der 65 Jahre alte Handelsmann Albert Zipfel aus dem Hause Nr. 24. Ein Herzschlag hatte seinem Leben ein Ende gemacht.

Volkskunstabend in Tempelhof.

Sonnabend, den 27. Februar, abends 8 Uhr, findet in der Aula der 1. Gemeindeschule, Manteuffelstr. 66, der nächste Volkskunstabend statt. Mitwirkende: Resi Langer — Rezitation; Lois van Laar — Violine; Leo Kestenberg — Klavier; Gottfried Zeelander — Violoncello. Eintrittskarten a 20 Pf. sind in den örtlichen Verkaufsläden der Konsumgenossenschaft und an der Abendkasse zu haben.

Gerichtszeitung.

Bäckermeister und Landwirte vor Gericht.

Vergehen gegen die Verordnungen, die zur Sicherung unserer Volksernährung erlassen sind, kamen gestern vor der Strafkammer des Landgerichts III zur Verhandlung.

Der Bäckermeister Josef **Langer** zu Charlottenburg war angeklagt, gegen die am 5. Januar erlassene und am 15. Januar in Kraft getretene Verordnung über die Bereitung von Backware verstoßen zu haben, indem er am 15. Januar sogenannte „Knüppel" feilbot, zu deren Herstellung er nur Weizenmehl verwendet hatte, während nach § 8 jener Verordnung 30 Proz. Roggenmehl darin enthalten sein müssen. Die Anzeige war von einem Fachkollegen und Konkurrenten erstattet worden, der sich darüber ärgerte, daß die Knüppel in dem Geschäft des Angeklagten äußerlich viel zarter und weißer aussahen, als es nach der Verordnung möglich war. Der Angeklagte gab zu, etwa für 1,50 M. Weizenbrot dieser Art ohne Verwendung von Roggenmehl in Verkehr gebracht zu haben, entschuldigte sich aber durch besondere Umstände, die daran schuld gewesen sein sollen. Staatsanwaltschafts-Assessor **Erich** nahm den Anzeigenden gegen das Odium, das einem solchen vielfach anhaftet, in Schutz: es liege im Interesse der Sache, daß die Bäckermeister, die solche Verfehlungen bemerken, sie zur Anzeige bringen, dann werden wir Erfolg haben mit den Gesetzen, die zum Wohl des Vaterlandes auf dem Gebiete der Ernährung des Volkes erlassen sind. Dem Antrage des Staatsanwalts entsprechend wurde der Angeklagte zu **50 M. Geldstrafe verurteilt.**

* * *

Vor derselben Strafkammer standen die Landwirte Julius Rietz und Paul Weber aus Münchehofe wegen Vergehens gegen die Verordnung vom 5. Januar d. J., wonach mahlfähiger Roggen und Weizen nicht mehr verfüttert und nicht zur Futterbereitung verwandt werden darf.

Bei einer auf ihren Höfen am 17. Januar vorgenommenen Revision fand man in der Futterkiste und an der Häckselmaschine deutliche Zeichen, daß die Verordnung nicht befolgt worden war. Das Urteil lautete auf **40 M. bezw. 50 M. Geldstrafe.**

„Hier haben Sie das Geld, aber ich stelle Strafantrag."

Eine Schöffengerichtsverhandlung in Striegau i. Schl. brachte einen recht unerfreulichen Vorfall an die Oeffentlichkeit.

Der Sohn des Arbeiters Herrmann hatte im Herbst Aepfel von den Bäumen geworfen. Der Amtsvorsteher Nickel sandte darauf der Kriegerfrau Herrmann — ihr Mann lag um diese Zeit verwundet im Lazarett, während sie selbst hochschwanger war und für sechs Kinder zu sorgen hatte — einen Strafbefehl über 10 M. Als die Frau nicht zahlen konnte, **zog ihr der Amtsvorsteher, entgegen den gesetzlichen Bestimmungen,** die 10 M. von der **Kriegsunterstützung ab.** Der verwundete Herrmann suchte Hilfe beim Bezirkskommando. Von hier aus wurde dem Amtsvorsteher klar gemacht, daß er der Frau die zurückbehaltenen 10 M. zuzustellen habe. Als die Kriegerfrau trotzdem 14 Tage vergeblich auf das Geld wartete, ließ sich Herrmann vom Arbeitersekretär Daubenthaler einen Brief an den Amtsvorsteher aufsetzen, in dem in entschiedener Weise die Zustellung des Geldes an die arme Familie gefordert wurde. Als sich die Familie endlich das Geld holen konnte, warf der Amtsvorsteher dem verwundeten Landwehrmann das Geld auf den Tisch mit den Worten: **So, hier haben Sie das Geld, aber ich stelle Strafantrag.**

Und so geschah es.

Der Krieger wurde wegen des an sich berechtigten Mahnbriefes wegen **Beleidigung zu 10 M.** und der Arbeitersekretär **zu 15 M.** verurteilt.

Die **Kriegsrente,** die der verurteilte Vaterlandsverteidiger bezieht, beträgt monatlich 10 M. Hoffentlich spricht ihn die Berufungsinstanz von Strafe und Kosten frei. Hindern sie daran formale Rechtsnormen, so wird sich der zuständigen Instanz die Frage aufwerfen, ob Vorschriften einer Anklage gegen den Amtsvorsteher wegen des unberechtigten Abzugs von der Kriegsunterstützung entgegenstehen.

Der vorstehende Fall sollte dem Reichstag Veranlassung dazu geben, die Nichtauszahlung der Kriegsunterstützung unter Strafe zu stellen, und den Beteiligten endlich ein Recht auf Einklagung der Unterstützungen zu geben.

Kleine Nachrichten.

Vereitelter Mordanschlag.

Einen Doppelraubmord, den zwei Berliner Verbrecher in Leipzig verüben wollten, konnte die Leipziger Kriminalpolizei noch in letzter Stunde vereiteln. Bei einer alleinstehenden Dame, die am Postplatze in Leipzig wohnt, hatte ein Mann, der eine auffallend schwere Tasche bei sich trug, ein Zimmer gemietet. Da die Wohnungsinhaberin Verdacht schöpfte, machte sie die Kriminalpolizei aufmerksam, die in Abwesenheit des Mieters die Tasche durchsuchte. In dieser befanden sich zwei schwere Hammer, ein Dolchmesser und eine Schlinge. Als der Mieter in der Wohnung erschien, wurde er verhaftet. Nach beharrlichem Leugnen legte der Verbrecher schließlich ein volles Geständnis ab. Es handelt sich um den 32 Jahre alten Musiklehrer Bergemann aus Berlin, der erst im vergangenen Jahre aus der Strafanstalt in Plötzensee entlassen worden war. Bergemann hatte, wie er eingestand, in Gemeinschaft mit einem Manne, den er nicht näher kennen will, den Plan gefaßt, einen vermögenden Berliner Privatmann nach Leipzig zu locken und ihn dann in einem eigens dazu gemieteten Zimmer zu ermorden und zu berauben. Vorher gedachten die Verbrecher die Zimmervermieterin beiseite zu schaffen. Der Privatmann war gestern in Leipzig angekommen. Durch das rechtzeitige Eingreifen der Leipziger Polizei wurden die geplanten Mordtaten verhindert.

Der verhaftete Bergemann hatte, wie weiter berichtet wird, in einer Leipziger Tageszeitung ein Inserat erlassen, wonach eine alleinstehende Dame bei einer ebensolchen ein möbliertes Zimmer suche. Es meldete sich unter anderen auch die erwähnte Wohnungsinhaberin. Bald darauf erschien bei ihr Bergemann, der das Zimmer angeblich für seine Arbeitgeberin mieten wollte. Er erkundigte sich zunächst, ob die Dame die Wohnung auch ganz allein inne habe und ließ eine Handtasche zurück, die er dort einige Tage lassen wollte. Diese enthielt die erwähnten Werkzeuge, aus denen die Kriminalbeamten ersahen, daß ein Mord geplant war. Schließlich wurde er auf der Straße von Beamten beobachtet, wie er in ein Haus der Karlstraße zu seiner Geliebten ging. Dort wurde er auch verhaftet. Zunächst leugnete Bergemann nach seiner Verhaftung, irgendeine Straftat geplant zu haben. Dann gab er unter der Wucht der Beweise zu, in Berlin von einem Unbekannten zu der Tat angestiftet worden zu sein. Die beiden hatten in Berlin in der Tagespresse Inserate erlassen, nach denen Bergemann Vertrauensstellungen zu vergeben hatte. Der Zweck dieser Annoncen sollte sein, einen vermögenden Privatmann nach Leipzig zu locken, wo er beraubt und ermordet werden sollte. Der eingetroffene Herr hatte denn auch 10 000 M. in Wertpapieren bei sich und war fest entschlossen, die Vertrauensstellung mit Deponierung der Kaution von 10 000 M. anzunehmen.

Ein großer Steuerhinterziehungsprozeß

bereitet sich in Eitorf bei Köln vor. Dem Spritfabrikanten E. Boetticher werden Steuerhinterziehungen in Höhe von mindestens 1,5 Millionen Mark vorgeworfen die sich auf 18 Jahre verteilen. Für einen Zeitraum von 33 Monaten steht die Summe von 2 300 000 M. ziemlich genau fest. Die Untersuchung, die noch einige Monate dauern wird, wurde dadurch erschwert, daß die Geschäftsbücher angeblich bei einem Brande im Jahre 1913 vernichtet wurden. Als man die Versandbücher der Güterabfertigung Eitorf heranziehen wollte, ergab sich, daß eigentümlicherweise gerade die Bücher, die auf Boettichers Spritversand Bezug haben, gestohlen waren. Boetticher wurde verhaftet, aber gegen eine Kaution von 1 Million Mark freigelassen. Diese Million wurde vom Zollfiskus mit Beschlag belegt. Mehrere Wochen befand sich der Angeschuldigte in Freiheit. Da wurde plötzlich das Versteck der angeblich vernichteten Geschäftsbücher entdeckt. Damit waren die Beweise geliefert und Boetticher wurde aufs neue verhaftet.

Ein siebenjähriges Kind als Lebensretter.

Aus der italienischen Provinz Sondrio wird über eine interessante Lebensrettung berichtet. Eine Frau, Giuditta Ronco, die die Aufgabe hat, den Zollwächtern auf dem Paß Fescagno die Lebensmittel zu bringen, machte sich trotz hohen Schnees im Schlitten mit ihrem siebenjährigen Knaben auf den Weg, wurde aber von einem heftigen Schneesturm überrascht und mit dem Handschlitten in eine Felsspalte geschleudert. Dem Knaben gelang es, sich aus dem Schnee herauszuarbeiten, und allein, in finsterer Nacht, machte sich das Kind auf den Heimweg, verirrte sich dabei und seine Hilferufe wurden nach achtstündigem Steigen in Schnee und Sturm in der Nähe des elterlichen Hauses gehört. Das Kind, aufs äußerste erschöpft, ging mit dem Vater und mehreren Zollwächtern zurück und fand richtig die Stelle, wo die Mutter im Schnee begraben war. Es gelang, die schon Bewußtlose ins Leben zurückzurufen, und sie ist jetzt außer Gefahr.

Raubmord in Kalkutta.

Nach einer Meldung der „Central News" aus Kalkutta drangen am 22. d. M. Banditen in das Geschäft eines Reishändlers ein, erschossen ihn und stahlen 1333 Pfund Sterling. Ein Kraftwagenführer, der sich weigerte, sie in Sicherheit zu bringen, wurde ebenfalls erschossen. Bisher wurden keine Verhaftungen vorgenommen.

Parteiveranstaltungen.

Tempelhof-Mariendorf. Die Jugendsektion hält heute abend im Jugendheim einen Diskutierabend ab. — Sonntag, den 28. Februar: Wanderung nach Dahlewitz, Rangsdorf. Abfahrt 7 Uhr vom Bahnhof Marienfelde. Fahrgeld 40 Pf.

Jugendveranstaltungen.

Tempelhof-Mariendorf. Sonntag, den 28. Februar: Wanderung nach Wannsee, Sakrow, Nedlitz, Potsdam, Wannsee. Treffpunkt für Tempelhof 3/4 7 Uhr Fr.-Karl-Straße, für Mariendorf 7 Uhr Bahnhof Mariendorf. Fahrgeld 50 Pf.

Adlershof. Sonntag, den 28. Februar, findet eine Partie unserer Jugendlichen nach Fredersdorf—Rüdersdorf—Erkner statt. Fahrgeld 80 Pf. Abfahrt pünktlich 6.36 früh vom Bahnhof Adlershof.

Amtlicher Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. (Ohne Verbindlichkeit.) Donnerstag, den 25. Februar. Fleisch: Rindfleisch per 50 kg, Ochsenfleisch Ia 80—93, do. IIa 72—82, do. IIIa 65—70; Bullenfleisch Ia 72—84, do. IIa 68—72; Kühe, fett 62—68, do. mager 51—58, do. dänische 48—55; Fresser 60—70, Fresser, dänische, 48—60, Bullen, dänische, 53—64; Kalbfleisch, Doppellender 120—130; Mastkälber Ia 80—95, do. IIa 65—75; Kälber ger. gen. 45—55. Hammelfleisch: Mastlämmer 88—98; Hammel Ia 81—86, do. IIa 78—80; Schafe 80—87. Schweinefleisch: Schweine, fette 96—111, sonstige 84—95, dän. Sauen 72—75, dän. Schweine 75—80. — Gemüse, inländisches: Kartoffeln, Dabersche 50 kg 0,00; weiße Kaiserkronen 0,00; Magnum bonum 0,00; Wolmann 0,00—0,00; Porree, Schock 0,70—1,50; Sellerie, Schock 5,00—10,00; Spinat 50 kg 15,00—25,00; Mohrrüben 6,00—7,50; Wirsingkohl Schock 8,00—14,00; Wirsingkohl 50 kg 9,00—10,00; Weißkohl Schock 8,00—14,00, Weißkohl 50 kg 9,00—10,00; Rotkohl, Schock 8,00—15,00; Rotkohl 50 kg 9,00 bis 10,00; Grünkohl 50 kg 10,00—14,00; Kohlrüben 50 kg 5,00—6,00; Teltower Rüben 50 kg 12,00—16,00, Märkische Rüben 50 kg 4,00—12,00; Rosenkohl 50 kg 20,00—30,00, Meerrettich Schock 6,00—14,00; Petersilienwurzel Schockbund 4,00—6,00; Zwiebeln 50 kg 15,00—16,00, Rhabarber, Hamburger, 100 Bd. 8—14. Apfelsinen: italienische 50 kg 16,00—18,00, dito 200 Stück 8,00—9,00, 300 St. 9,00—10,00, Murcia 200 St. 13,00—18,00, dito 300 Stück 10,00—15,00, Messina 160 St. 10,00—12,50, 200 St. 8,00—13,00, 300 St. 8,00—13,00. Messina Blut- 80 St. 8,50—9,00, do. 100 St. 7,00—8,75, do. 150 St. 7,00—10,00, Spanische 420 St. 22,00—30,00, do. 714 St. 25,00—30,00, do. 1064 St. 28,00—32,00, do. 420 St. large 23,00—40,00.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten **Lindenstr. 3, IV. Hof** rechts, parterre am Montag bis Freitag von **4 bis 7 Uhr,** am Sonnabend von **5 bis 6 Uhr** statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsquittung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor. **Verträge, Schriftstücke und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.**

Kinooperateur 32. Das kommt ausschließlich auf die Solidität der Bank an. — **P. 61.** Erhalten Sie in unserer Buchhandlung, Lindenstr. 3. — **H. M. 29.** 1. u. 2. Werden Sie sich an den Deutsch-Russischen Verein, Berlin SW. 11, Hallesche Str. 1 I, in der Zeit zwischen 9—4 Uhr. — **E. 17** (oder **E. 17**). Tragen Sie Ihre Wünsche dem Chefarzt vor. Nur diesem steht das Recht der Entscheidung zu. — **F. S. 1915.** 1. Nach Informationen, die wir erhalten haben, gilt der Betrag von 15,90 nicht für immobile, sondern für mobile Truppen. 2. Welches Lowitz ist gemeint? 3. Nur mit militärischer Genehmigung. — **T. M. 4.** Ja, sie dürfen schreiben. Es gibt keinen anderen Weg, als an die angegebenen Stellen sich nochmals um Auskunft zu wenden. — **M. O. 87.** Nein. — **E. P. 700.** Die Wartezeit für die Eingehung der Ehe nach dem Tode des ersten Ehemannes beträgt zehn Monate. Es kann aber Verkürzung dieser Wartezeit erwirkt werden. Die Frau muß dann ein Zeugnis einer Hebamme beifügen und einen diesbezüglichen Antrag an das Amtsgericht einreichen. — Die Anmeldung beim Standesamt kann durch Ihre Braut geschehen unter Vorlegung der Geburtsurkunden, der Heiratsurkunde und des Totenscheins. — **H. G. 50.** Das Mädchen gilt als Handelsangestellte und hat, wenn nichts vereinbart ist, eine sechswöchige Kündigung zum Quartalsersten. Klagen Sie beim Kaufmannsgericht. — **F. S. 36.** Die zweite Ausmusterung bedeutet: Dienstuntauglich wegen Steifheit oder Krümmung eines Fingers. — Eine spätere Einziehung ist aber immer noch nicht ausgeschlossen. — **M. 9.** Ja. — **Edith 16.** Die Erlaubnis wird nicht so schnell erteilt werden. Sie können's aber mit einer Eingabe beim Justizminister versuchen. — **H. S. 30.** Sie können unter Beibringung eines Attestes der Gesundheitspolizei auf Lösung des Vertrages klagen, wenn der Wirt Sie nicht vom Vertrag entbindet. — **W. W. 7.** 1. Eine Verpflichtung besteht für die Wirtin nicht. 2. Sie muß erst klagen. Sie haften aber für Laden- und Wohnungsmiete. — **W. O. 45.** Der Anspruch auf Alimentation kann auch während dieser Zeit geltend gemacht werden. — **Berlin 100.** 1. Da wir den kommunalen Steuerzuschlag von dem Orte nicht kennen, können wir Ihre Frage nicht beantworten. 2. Ja. 3. Kommunale Steuern müssen Sie auch dort zahlen, nur Staatssteuern nicht. — **M. 3. A.** Wegen Hauterkrankungen dienstunfähig. — **F. W. 79.** Wegen Herzerkrankung dienstunfähig. — **E. 17.** 1. Sie muß alle Unterstützungsbezüge angeben. 2. Leider ist dagegen nichts zu machen. — **O. R. Ja.** — **G. Sch. 2.** Sie gelten als Handelsangestellte und können nur sechs Wochen vorher zum Quartalsschluß kündigen. — **B. G. 7.** 1. Ein Anspruch auf eine solche Einrichtung in der Wohnung haben Sie nicht. 2. Reklamieren Sie bei der Landesversicherungsanstalt wegen Ihres Gesuchs. Ohne weiteres zahlt die Ortskrankenkasse nichts dazu. Sie müssen vorher erst die Zustimmung der Kasse einholen. — **H. S. 30.** Verjährung tritt ein, wenn die Scheidungsklage nicht innerhalb 6 Monate von dem Zeitpunkte an erhoben wird, in dem der Ehegatte vom Ehebruch Kenntnis erlangte.

Wetteraussichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonnabendmittag: Zunächst im Osten noch vorwiegend trübe und öfter wiederholte, im allgemeinen geringe Niederschläge; im Westen allmähliche Aufheiterung des Wetters; nachts wieder an den meisten Orten Frost.

Sozialdemokratischer Wahlverein f. d. 6. Berl. Reichstagswahlkreis.
4. Abt. Bez. 541.

Nachruf!

Am Sonnabend, den 20. Februar, verstarb durch Unfall unser Genosse, der Bauarbeiter

Emil Reinholz

Lettestr. 2.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung hat am 24. Februar in Kotibus bereits stattgefunden.

262/16 **Der Vorstand.**

Sozialdemokratischer Wahlverein Kreis Niederbarnim.
Bezirk Pankow.

Am Montag, den 22. Februar, verstarb nach langem schweren Leiden unser Genosse, der Tischler

Paul Hoffmann

im 51. Lebensjahre.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Freitag, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Halle des neuen Pankower Friedhofes in Schönholz aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

242/11 **Die Bezirksleitung.**

Zentral-Verband der Töpfer u. Berufsgenossen Deutschlands.
Filiale Groß-Berlin.

Am 22. Februar ist unser Kollege

Paul Hoffmann

(Bezirk Pankow)

im Alter von 51 Jahren einem Lungenleiden erlegen.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Freitag, den 26. Februar, nachmittags 4 1/2 Uhr, auf dem Gemeinde-Friedhof Pankow in der Schönholzer Heide, Bahnhofstraße, statt. 193/4

Um rege Beteiligung ersucht

Der Vorstand.

Deutscher Bauarbeiterverband.
Zweigverein Berlin.
Bezirk Wedding.

Am 23. Februar starb unser Mitglied, der Maurer

Fritz Kohnert

im Alter von 59 Jahren.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 27. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Gnaden-Kirchhofes, Barfusstraße, aus statt.

145/19 **Der Vorstand.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.

Nachruf!

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Bauanschläger

Paul Rast

am 20. d. Mts. an Gehirnschlag gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

132/16 **Die Ortsverwaltung.**

Beerdigungsverein der Zimmerleute Groß-Berlins.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kamerad

Rob. Küchenmeister

Riekestr. 8

am Dienstag, den 23. Februar, abends gegen 9 Uhr, nach langem, schwerem Leiden im Alter von 76 Jahren an Lungenschwindsucht verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Einäscherung erfolgt am Sonntag, den 28. Februar, mittags 12 Uhr, im städtischen Krematorium, Gerichtstraße 37/38.

1166b **Der Vorstand.**

Reuters Werke
3 Bände 4 Mark
Buchhandlung Vorwärts

Henkel's Bleich-Soda
Das Beste zum Einweichen der Wäsche sowie zum Putzen, Scheuern und Spülen.
Altbewährt und unerreicht!
HENKEL & Co., Düsseldorf.

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Wielepp, Neukölln. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.